

## **Das menschliche Sachsen gestalten**

Sachsens größter Reichtum sind die Menschen, die hier leben. Für uns steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit im Mittelpunkt. Ob Frau, Mann oder Transperson, ob alt oder jung, ob mit oder ohne Behinderung, egal wo jemand herkommt oder hinwill – alle gehören dazu, verdienen Respekt und Unterstützung. Vielfalt ist für uns keine Bedrohung, sondern Bereicherung. Wir wollen bestehende Diskriminierungen beseitigen und allumfassende Teilhabe ermöglichen. Sachsen ist nur dann ein lebenswertes Land, wenn alle die Chance auf ein gutes Leben haben.

Grundlage für eine Gesellschaft, die allen Teilhabe ermöglicht, sind starke öffentliche Institutionen. Der Mangel an Kitaplätzen und Lehrkräften, das Fehlen preiswerter kommunaler Wohnungen, die Situation in der Pflege und viele andere Missstände zeigen, dass die Daseinsvorsorge in Sachsen vielfach nicht mehr funktioniert. Wir wollen die soziale Infrastruktur wieder fit machen und die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge sichern. Wir wollen Verkrustungen aufbrechen und neue Wege gehen.

### **Ein Sachsen, das allen gerecht wird.**

Sachsen ist bunt. Die Unterschiedlichkeit der Menschen macht unser Land stark und lebenswert. Nicht eine vermeintliche Leitkultur hält unsere Gesellschaft zusammen, sondern der Respekt vor unterschiedlichen Identitäten und Lebensweisen. Wer dazugehören will, muss nicht hier geboren sein, sondern sich an die Werte unserer Verfassung halten. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch aufgrund von Alter oder Behinderung, Herkunft oder Religion, Geschlecht oder sexueller Identität angefeindet, ausgegrenzt oder alleingelassen wird. Die Realität in Sachsen sieht allzu oft anders aus.

Frauen haben auf dem Arbeitsmarkt nicht die gleichen Chancen wie Männer, für Schüler\*innen mit Behinderung gibt es zu wenig inklusive Angebote und Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe vielerorts versteckt oder offen angefeindet. Diese und viele andere Beispiele zeigen, dass die Würde des Menschen weder in der Gesellschaft noch in öffentlichen Institutionen selbstverständlich geachtet wird. Häufig herrschen Unkenntnis und Angst vor dem Fremden. Wir wollen Vorurteile und Benachteiligungen abbauen, aktiv auf den Respekt vor den Anderen hinwirken und Chancen für alle eröffnen. Auf dem Weg, Teilhabe und Selbstbestimmung für alle zu verwirklichen, gibt es in Sachsen noch viel zu tun. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der alle in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptiert werden und ihre Chancen nutzen können.

## Für ein generationengerechtes Sachsen

40

Wir wollen die gesellschaftliche **Teilhabe** der Menschen in Sachsen unabhängig von ihrem Alter und ihrer Lebenssituation sichern. Statt die verschiedenen Generationen und Lebensentwürfe gegeneinander auszuspielen, wollen wir Selbstbestimmung, Vielfalt und sozialen Zusammenhalt fördern. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben von Kindesbeinen an fördern. Voraussetzung dafür ist es, dass Kinder und Jugendliche gesund und gewaltfrei aufwachsen. Dazu bedarf es eines bedarfsgerechten Ausbaus der frühen Hilfen, um **Kindeswohl** und Kindergesundheit zu schützen. Kinder und Jugendliche müssen an Entscheidungen beteiligt werden, von denen sie betroffen sind. Nach diesem Grundsatz wollen wir Kinder in ihren Rechten stärken. Wir wollen das **Wahlalter** für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre senken und in jeder Kommune Jugendparlamente und Beteiligungsformate für junge Menschen unterstützen. Wir wollen das Netzwerk „Jugend bewegt Kommune“ sachsenweit etablieren. Darüber sollen jugendgerechte Dialog- und Beteiligungsformate in einem Landesprogramm für Kinder- und Jugendteilhabe für Kinder und junge Menschen bis 21 angeboten werden, die bei der Gestaltung eigener Projektideen wie Jugendclubs vor Ort, Feriencamps oder internationale Austausche unterstützen. Kinder- und Jugendbüros sollen das Angebot vor Ort verstetigen, indem junge Menschen frühzeitig in geplante Projekte von Kommunen einbezogen und bei eigenen Ideen und Projekten unterstützt und beraten werden.

45

50

55

60

65

70

75

Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unsere Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien. Wir wollen sie in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenslagen nicht alleinlassen, sondern **Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien** in ihrem Umfeld ausbauen. Viele Eltern befinden sich in der „rush hour des Lebens“, einem ständigen Spagat zwischen beruflichem Engagement, Kindererziehung und oft auch der Pflege der eigenen Eltern. Mit einem **Aktionsplan Familienzeit** wollen wir – auch auf Bundesebene – dafür sorgen, dass Arbeitgeber bei familiengerechten Arbeitszeitmodellen beraten werden, ein Recht auf Berufsausbildung und Studium in Teilzeit verankert wird, flexible Kindertagesbetreuung angeboten wird, und Familienerholungs- und Bildungsmaßnahmen gefördert werden. Darüber hinaus wollen wir die wachsende Zahl von **Ein-Eltern-Familien stärken**, indem getrennt lebende Eltern bei der gemeinsamen Erziehung unterstützt werden, Jobcenter ihre Maßnahmen an die Lebenssituation Alleinerziehender anpassen und die landespolitische Interessenvertretung für Alleinerziehende gestärkt wird. Zur Koordination wollen wir ein **Kompetenzzentrum zu Hilfen für Alleinerziehende** einrichten.

80

85

Wir wollen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben sichern. Um der zunehmenden Vereinsamung in den späten Lebensjahren zu begegnen, wollen wir die Vielfalt an Begegnungsstätten ausbauen und dabei insbesondere den **Kontakt zwischen den Generationen fördern**. Begegnungsstätten, Senior\*innenwohnanlagen und Alterspflegeeinrichtungen sollen bevorzugt und verstärkt gefördert werden, wenn sie gemeinsam oder in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendhilfe oder Nachbarschaftstreffs geplant, errichtet und betrieben werden. Projekte des generationenübergreifenden Austauschs wie Nachbarschaftshilfen, Taschengeldbörsen und Tauschringe wollen wir fördern. **Altersgerechtes Wohnen und Mehrgenerationenwohnen** wollen wir gezielt durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützen.

90

Wir stehen für eine Stärkung des Gemeinsinns und für eine Kultur des freiwilligen Engagements aller Generationen. **Ehrenamtliches Engagement** braucht Anlaufstellen und

eine gute Anerkennungskultur. Den schönen Worten und Versprechungen der Staatsregierung (zum Beispiel zur Finanzierung von Weiterbildung von freiwillig Engagierten) müssen Taten zum effektiven Fördern des freiwilligen Engagements folgen.

95 Menschen sind in ihrem Leben immer wieder auf Angebote sozialer Unterstützung,  
Beratung und Begleitung angewiesen. Diese Angebote sind Teil der sozialen  
Daseinsvorsorge und werden in spezialisierten Beratungsstellen und anderen Angeboten  
erbracht. Dies erfordert unterschiedliche bedarfsgerechte Angebote, entsprechend  
ausgebildete Berater\*innen und eine tarifvertraglich gesicherte Finanzierung. Wir werden  
100 den aktuellen Fachkräftestand und dessen Finanzierung ermitteln und uns für die  
fachgerechte tarifliche Finanzierung und eine entsprechende personelle Ausstattung der  
Angebote einsetzen, damit **soziale Beratungsarbeit** ein attraktives Arbeitsfeld bleibt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 105
- mehr Rechte von Kindern und Jugendlichen durch Absenkung des Wahlalters und  
Beteiligungsformate für junge Menschen in jeder Kommune,
  - ein landesweites Netzwerk „Jugend bewegt Kommune“, sodass Kinder und  
Jugendliche selbstbestimmt eigene Projekte verwirklichen können,
  - 110 • einen Aktionsplan Familienzeit für die bessere Vereinbarung von Beruf und Familie,
  - ein Kompetenzzentrum zur Unterstützung von Alleinerziehenden,
  - soziale Arbeit als attraktives Arbeitsfeld.

## 115 **Gleiche Chancen für Frauen**

Wir wollen den uneingeschränkten Anspruch von Frauen auf gleiche Rechte und  
umfassende Teilhabe endlich einlösen. Das heißt, die vielfältigen Benachteiligungen von  
Frauen endlich zu beseitigen und umfassende Chancengerechtigkeit durchzusetzen. Dazu  
120 wollen wir das Sächsische Frauenfördergesetz durch ein modernes **Gleichstellungsgesetz**  
ablösen.

Angesichts der anstehenden Altersabgänge und des Wettbewerbs um die besten Köpfe mit  
anderen Bundesländern und der Wirtschaft brauchen wir einen attraktiven öffentlichen  
125 Dienst in Sachsen, der die Karrierechancen für Frauen mit klaren Regelungen erhöht. Die  
Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss für alle Elternteile, unabhängig des Geschlechts,  
der aktuellen Lebenssituation oder der sexuellen Orientierung, jederzeit ermöglicht werden.  
Wir setzen uns für eine vertiefte Beratung zu Elternzeit und Teilzeitrechten für (werdende)  
Väter ein. Im öffentlichen Dienst wollen wir flexible Arbeitszeit- und -ortgestaltung inklusive  
130 Telearbeit ermöglichen und die **Gleichstellungspläne** für öffentliche Einrichtungen  
verbindlich regeln. Die **Gleichstellungsbeauftragten** im öffentlichen Dienst sowie in den  
Kommunen und Landkreisen wollen wir stärken, indem wir ihnen mehr Rechte, mehr Zeit  
für ihre Arbeit und ein Budget für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Um die  
geschlechtsspezifische Wirksamkeit finanzieller Entscheidungen nachzuvollziehen, soll  
135 **Gender Budgeting** verbindlich für alle öffentlichen Haushalte eingeführt werden.

Frauen sind in Sachsen zwar überdurchschnittlich oft erwerbstätig, erhalten aber meist  
weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Insbesondere alleinerziehende Frauen erzielen  
oft kein existenzsicherndes Einkommen. Wir setzen uns für eine generelle **Lohngleichheit**  
140 **von Männern und Frauen** ein. Deshalb wollen wir Entgeltgleichheit als ein  
Vergabekriterium in das Sächsische Vergabegesetz aufnehmen. Die Existenzgründung von

Frauen im ländlichen Raum wollen wir insbesondere durch Netzwerke zur Unterstützung stärker fördern.

145 Die geringeren Einkommen von Frauen hängen auch damit zusammen, dass sie nur unterdurchschnittlich in höheren Positionen vertreten sind. Das wollen wir ändern: Im öffentlichen Dienst einschließlich aller landesfinanzierten Einrichtungen wie Hochschulen soll die Chancengleichheit von Frauen auf allen Ebenen aktiv gefördert werden. In der  
150 Nachwuchsförderung, bei Weiterbildungsmaßnahmen und bei der Gestaltung von Arbeitszeiten und -plätzen sind die Bedürfnisse von Frauen besonders zu beachten. Durch verbindliche Zielstellungen und aktive Personalsuche wollen wir erreichen, dass Frauen auch in leitenden Positionen stärker vertreten sind. Wir wollen **die Hälfte der Macht den Frauen** geben. Die Gremien öffentlich-rechtlicher Institutionen und die Aufsichtsräte und Beiräte der in Besitz des Freistaates befindlichen Unternehmen sind paritätisch mit Frauen  
155 und Männern zu besetzen.

Um die Chancengleichheit der Geschlechter in allen Bereichen durchzusetzen, braucht es eine stärkere Sensibilisierung und verbindliche Regelungen. Für die Formulierungen von Gesetzen, Regelungen, Dokumenten und Formularen soll der Freistaat verpflichtende  
160 Regeln für eine **geschlechtergerechte Sprache** orientiert an der Bundesregelung erlassen. Um körpernormierende, diskriminierende und stereotypenverstärkende **sexistische Werbung** in Sachsen zu verhindern, sollen gesetzliche Regelungen entsprechend der Regeln des Deutschen Werberates für die kommerzielle Kommunikation getroffen werden.

165 Für mehr Chancengerechtigkeit wollen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung der Landesarbeitsgemeinschaften **Frauen- und Mädchenarbeit** und **Jungen- und Männerarbeit**. Die geschlechtersensible Berufs- und Studienorientierung, z. B. für Studiengänge der Mathematik, Informatik- und Technik (MINT) für Mädchen und den  
170 Erzieher\*innenberuf für Jungs wollen wir durch „Girls‘ Day“ und „Boys‘ Day“ stärken.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine verbindliche Gleichstellungspolitik durch mehr Ressourcen für  
175 Gleichstellungsbeauftragte, Gleichstellungspläne und Gender Budgeting,
- Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern,
- die gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Positionen,
- geschlechtergerechte Sprache und die Überwindung sexistischer Stereotype.

180

### **Jedes Geschlecht verdient Anerkennung und Sicherheit**

Ob männlich oder weiblich, lesbisch, schwul, bi-, trans- oder intersexuell – wir wollen, dass Menschen jeden Geschlechts und jeder sexuellen Orientierung in Sachsen  
185 diskriminierungsfrei leben können. Wir setzen uns für die verbindliche Umsetzung und die Fortschreibung des Aktionsplans Vielfalt zum Abbau von Diskriminierung in allen Bereichen durch die sächsische Verwaltung ein und wollen die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Das Bewusstsein für die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen beginnt früh. Geschlechtergerechtes Lernen an Kitas und Schulen muss selbstverständlich werden.  
190 Wir wollen die Lehrpläne an aktuelle Entwicklungen anpassen und flächendeckend **Schulaufklärungsprojekte** zu sexueller Vielfalt fördern.

195 Infolge des weitreichenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zugunsten von Menschen, die sich keinem Geschlecht eindeutig zuordnen können, müssen auch sächsische Vereine, Verbände, Unternehmen und weitere Institutionen ihre Formulare, Dokumente und Schriftstücke überarbeiten. Trans\*- und intersexuelle Kinder und Jugendliche und ihre Eltern sind oft mit ihrer Situation überfordert. Wir wollen ein flächendeckendes Beratungsangebot und Fortbildungsangebote für Ärzt\*innen.

200 Um **geschlechtsbezogener Gewalt** entgegenzutreten, wollen wir eine Landeskoordination für Gewaltschutz sowie ein Kompetenzzentrum Medizin und Gewaltschutz schaffen. Das Netz der bereits existierenden Frauenhäuser und Männerschutzwohnungen muss flächendeckend bedarfsgerecht und barrierefrei ausgebaut und ausreichend finanziert werden. Durch Weiterbildung von Justiz und Polizei zu sexualisierter Gewalt soll die  
205 Aufklärungsquote erhöht werden. Für die Opfer sexualisierter Gewalt fordern wir flächendeckend Beratungseinrichtungen nach dem Vorbild der Interventionsstellen. Zudem wollen wir in den Staatsanwaltschaften zwei Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen etablieren, an die sich Opfer homophober Hasskriminalität wenden können, um Strafanzeigen zu stellen. Um Erkenntnisse über das Ausmaß geschlechtsbezogener  
210 Gewalt zu erlangen, wollen wir eine Dunkelfeldstudie in Auftrag geben.

Um die Situation von in der Prostitution tätigen Menschen zu verbessern, wollen wir Mittel für freiwillige und kostenlose Beratungsangebote zu Themen wie Gesundheit, Schulden und Ausstieg aus dem Gewerbe bereitstellen. Wir wollen einen „Runden Tisch Prostitution“ zur  
215 Erarbeitung eines Handlungskonzepts einrichten, auf dessen Grundlage ein **Prostituiertenschutzgesetz** verabschiedet werden soll.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 220
- die Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt, flächendeckende Beratungs- und Frauenschutzeinrichtungen,
  - die Verstetigung des Aktionsplans Vielfalt,
  - die Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Dritten Geschlechts.

225

## **Umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung**

Wir streben eine inklusive Gesellschaft an, an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können. Dazu wollen wir Barrieren für Menschen mit Behinderung in allen gesellschaftlichen  
230 Bereichen abbauen und Teilhaberechte ausbauen.

Inklusion und Teilhabe beginnen bereits in den frühen Jahren. Wir streben ein Bildungssystem an, in dem Inklusion gelebt wird. Kinder mit Behinderung sollen von Anfang an gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung aufwachsen. Das dafür notwendige  
235 heilpädagogische Personal für **inklusive Kitas** muss gewährleistet werden. Der **Rechtsanspruch auf den Besuch von Regelschulen** muss durch deutlich verbesserte Rahmenbedingungen eingelöst werden. Wir wollen in den Förderschwerpunkten Lernen, Emotionale Entwicklung und Sprache die Diagnostik durch ein sozialindexbezogenes Schulbudget ablösen, mit dem bedarfsgerecht Schulassistent\*innen und  
240 sonderpädagogische Lehrkräfte finanziert werden können. Für die Förderschwerpunkte Körperbehinderung, Hören und Sehen wollen wir flächendeckend inklusiv arbeitende Schwerpunktschulen einrichten, um eine optimale Förderung zu gewährleisten. Für inklusiv arbeitende Schulen müssen Ressourcen für die Konzeptentwicklung, Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Elternberatung bereitgestellt werden.

245

Menschen mit Behinderung sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir wollen den Zugang zum allgemeinen **Arbeitsmarkt** erleichtern, indem wir Zuverdienstfirmen fördern und die Durchlässigkeit zwischen Förderbereich, Werkstatt, erstem Arbeitsmarkt und Ehrenamt verbessern. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Sachsen ist nicht zufriedenstellend. Wesentliche Forderungen der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung, der Wohlfahrtsverbände und des Behindertenbeauftragten der Staatsregierung werden im Landesgesetz ignoriert. Wir wollen die Beteiligung von Menschen mit Behinderung bei der Umsetzung des Gesetzes erreichen, ein Bedarfsermittlungsverfahren nahe am Wohnort, die Einrichtung einer Rechts- und

250

255

260

Fachaufsicht zur Kontrolle des Amtes, eine Clearingstelle und ein Clearingverfahren, das Menschen mit Behinderung, die sich beschweren, unabhängig berät und unterstützt. Ein „Leben daheim statt im Heim“ muss möglich sein. Wir wollen in den Förderprogrammen des Landes gemeinsame Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und Musik berücksichtigen.

Wenn Wohnungen, Geschäfte, Freizeitstätten oder Bus und Bahn, in denen Menschen mit einem Rollstuhl oder anderen Hilfsmitteln gut zurechtkommen, nicht vorhanden oder kaum auffindbar sind, wird die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung stark eingeschränkt. Deswegen muss die Herstellung umfassender **Barrierefreiheit** in öffentlichen Räumen von der Kita bis zur Verwaltung finanziell vom Freistaat unterstützt werden.

265

270

Wir wollen nach dem Prinzip „**Nicht ohne uns über uns**“ die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung in Kommunen und im Freistaat stärken und sie in alle politischen Entscheidungen einbeziehen, die sie betreffen. Auch Menschen, die unter Betreuung in allen Angelegenheiten stehen oder in psychiatrischen Kliniken untergebracht sind, dürfen nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, sondern müssen ihre demokratischen Rechte vollumfänglich wahrnehmen können.

275

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Bildungssystem, in dem Inklusion gelebt wird,
- gesellschaftliche Teilhabe und Barrierefreiheit,
- die Stärkung der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung in Kommunen und im Freistaat,
- mehr Rechte für Menschen mit Behinderung bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

280

## 285 **Migration menschlich gestalten**

Wir stehen für ein weltoffenes Sachsen. Geflüchtete aufzunehmen, ist menschlich, für Zuwanderung offen zu sein, ist vernünftig. Wenn wir die vorhandenen Chancen nutzen, machen Neuankommende unsere Gesellschaft vielfältiger, kreativer und wohlhabender. Unser Ziel ist nicht die Integration in eine vermeintliche Leitkultur, sondern die Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe und gegenseitigem Respekt auf der Grundlage gemeinsamer Sprache und Rechte.

290

295

Flucht und Verfolgung sind eine Realität, der wir uns auch in Sachsen stellen müssen. Die **Bekämpfung von Fluchtursachen** ist ebenso wichtig wie der Schutz derjenigen, die ihre Heimat verlassen müssen. Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, die **Humanität und**

**Ordnung** verbindet. Schnelle Asylverfahren sind der richtige Weg, wenn sie mit einer unabhängigen, individuellen Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten Dolmetscher\*innen und rechtlicher Unterstützung verbunden werden. Massenunterkünfte, in denen geflüchtete Menschen ohne jeglichen Kontakt nach außen für eine lange Zeit festgehalten werden, lehnen wir ab. Vielmehr sollen in den bestehenden dezentralen Erstaufnahmeeinrichtungen menschenwürdige Standards und ein umfassendes Hilfsangebot gewährleistet werden: Spracherwerb von Anfang an, eine unbürokratische und würdevolle Gesundheitsversorgung und zügige Vermittlung in dezentrales Wohnen. Der Freistaat soll lokale **Willkommenszentren** unterstützen, in denen Hilfe- und Beratungsleistungen gebündelt werden und die für Geflüchtete und für Einwanderer\*innen ohne Asylberechtigung offenstehen.

Auch Sachsen ist ein **Einwanderungsland**. Zugewanderte, die sich hier einbringen und ein neues Leben aufbauen wollen, machen Sachsen vielfältiger und können dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Mit einem sächsischen Integrationsgesetz wollen wir Rechte und Pflichten für umfassende Teilhabe vor Ort regeln. Kurse zum Spracherwerb und dem Kennenlernen von Recht und Werten müssen unabhängig von der Bleiberechtsperspektive zugänglich sein und die unterschiedlichen Voraussetzungen von Migrant\*innen berücksichtigen. Um umfassende gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen, muss der Umgang mit Unterschiedlichkeit und vielfältigen Herkunftsn selbsterständlich werden.

Bildung ist der Schlüssel für eine gelungene Teilhabe. Um Kompetenzen zu bündeln, sind Schwerpunktschulen für Geflüchtete mit fluchtbedingten Lernrückständen notwendig. Durch Fortbildungen wollen wir die Kompetenzen für **interkulturelle Bildung** und gegen Diskriminierung von der Kita bis zur Hochschule stärken. Wie wollen gezielt ausgebildete und quereinsteigende **Migrant\*innen für pädagogische Berufe** gewinnen. Die **Anerkennung im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse** wollen wir durch eine unabhängige Servicestelle beschleunigen, die berät und unbürokratisch zwischen Betroffenen und zuständigen Stellen vermittelt. Um einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten, müssen die vorhandenen Kompetenzen von Migrant\*innen frühzeitig erkannt und auf passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen und berufsbezogene Sprachkurse abgestimmt werden. Alle Angebote der Jobcenter müssen grundsätzlich auch Migrant\*innen offenstehen.

Für eine gelingende Teilhabe und Akzeptanz brauchen wir Migrant\*innen in den Kitas und Schulen, in den Jobcentern und Verwaltungen, in den Krankenhäusern und Universitäten ebenso wie in der Politik. Damit muss die interkulturelle Orientierung und Öffnung aller öffentlichen Institutionen verbunden werden.

Für eine gelingende Migrationspolitik wollen wir die bisher zersplitterten Kompetenzen soweit wie möglich bündeln und in einem Ministerium zusammenführen. Wir wollen Selbstorganisationen von Migrant\*innen und Migrant\*innenbeiräte stärken sowie einen sächsischen Migrant\*innenbeirat mit den entsprechenden Rechten (Antragsrecht) ausstatten. Zugleich wollen wir Menschen mit Migrationsgeschichte gezielt unterstützen, um sich in Gesellschaft und Politik einzubringen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten,
- ein sächsisches Integrationsgesetz,
- die Stärkung interkultureller Bildung,

- eine bessere Integration von Migrant\*innen in den Arbeitsmarkt,
- mehr Mitspracherechte für die Selbstorganisationen von Migrant\*innen.

## Unser Plan für ein soziales Sachsen

355 Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren den Gestaltungsanspruch für ein soziales Sachsen aufgegeben und schiebt die Verantwortung dem Bund und den Kommunen zu. Wir wollen die Gestaltungsspielräume nutzen und fordern eine kontinuierliche lebenslagenorientierte Sozialberichterstattung, die die Lebenslagen im Freistaat analysiert und getroffene Schlussfolgerungen entschlossen umsetzt. Um das Ziel eines flächendeckenden Angebots personell und finanziell auskömmlich ausgestatteter sozialer Beratungsstellen zu erreichen, soll der Freistaat die Kommunen bei Aufbau und Weiterentwicklung einer strategischen Sozialplanung unterstützen, die neben Jugendarbeit und Familienförderung die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, soziale Arbeit, Wohnen, Gesundheitsversorgung und Pflege berücksichtigt.

365

### Armut bekämpfen

370 Unsere Gesellschaft ist so reich wie nie zuvor. Deshalb können wir nicht hinnehmen, dass dennoch so viele Menschen von Armut betroffen sind. Wir fordern einen kontinuierlich vorzulegenden **lebenslagenorientierten Sozialbericht**, der sich nicht auf Analysen zur Verfügbarkeit von Einkommen und Vermögen beschränkt, sondern weitere für das Wohlergehen und die soziale Teilhabe bzw. Ausgrenzung von Personen und Bevölkerungsgruppen bedeutsame Dimensionen enthält. Daraus wollen wir konkrete Maßnahmen entwickeln, die wirklich bei den Menschen ankommen.

375

Wir wollen die Förderung für Hilfesuchende einfacher, transparenter und gezielter gestalten. Damit Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern ohne Armut aufwachsen können, setzen wir uns auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung ein. Gesellschaftliche Teilhabe muss für alle möglich sein. Deshalb wollen wir, dass Kinder, Jugendliche, Azubis, Studierende und Sozialhilfe- bzw. ALG-II-Empfänger\*innen den öffentlichen Personennahverkehr kostenlos nutzen können. Wir wollen den **Zugang zu kulturellen Einrichtungen** für Menschen mit geringem Einkommen erleichtern – der ermäßigte Eintritt ist häufig für die Betroffenen immer noch zu hoch. Deshalb sollte an bestimmten Tagen der Eintritt zu Museen und Theatern kostenlos bzw. besonders niedrig sein. Wir wollen ein **kostenloses Schulesen** für alle finanzieren.

380

385

Es gibt zu viele Fälle, in denen Armut dazu führt, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Sachsen braucht deshalb flächendeckende Wohnungsnotfallkonzepte und ineinandergreifende präventive Hilfs- und Unterstützungsangebote, um den Wohnungsverlust frühzeitig zu verhindern. Auch die Verantwortlichen in den Jobcentern müssen dafür sensibilisiert werden, keine Sanktionen zu verhängen, die zum Verlust der Wohnung führen. Um Wohnungslosigkeit langfristig vorzubeugen, wollen wir generationenübergreifende Quartiersentwicklung mit sozialen Angeboten und bezahlbarem Wohnraum. Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, muss schnell und effektiv geholfen werden.

395

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine kontinuierliche lebenslagenorientierte Sozialberichterstattung,

- die Unterstützung und Förderung der Kommunen beim Aufbau bzw. der Weiterentwicklung strategischer Sozialplanung,
- kostenlose Nutzung des ÖPNV für Kinder, Jugendliche, Azubis, Studierende und Sozialhilfe- bzw. ALG II-Empfänger\*innen,
- 405 • kostenloses Schulesen,
- flächendeckende Wohnungsnotfallkonzepte und ineinandergreifende präventive Hilfs- und Unterstützungsangebote.

#### 410 **Zukunftsplattform soziale Innovation**

Arbeitswelt, Familie und Gesellschaft wandeln sich auch in Sachsen. Die Arbeitslosigkeit geht seit Jahren zurück, gleichzeitig hat sich der Niedriglohnbereich ausgeweitet. Herausforderungen wie der Strukturwandel in den Kohleregionen oder tiefgreifende  
415 Veränderungen durch die Digitalisierung müssen in den kommenden Jahren bewältigt werden. Traditionelle Arbeitsplätze verschwinden oder wandeln sich, neue Arbeitsplätze entstehen, der Arbeitsmarkt wird insgesamt flexibler. Familienformen werden vielfältiger, der Anteil Alleinerziehender steigt. Nicht zuletzt führt der demografische Wandel zu enormen Fachkräfteengpässen in allen Branchen. Besonders die Beschäftigten im Gesundheits- und  
420 Pflegesektor kommen an ihre Belastungsgrenzen. Diese Entwicklungen bergen Chancen und Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um den wachsenden Zukunfts- und Existenzängsten in Sachsen entgegenzutreten zu können, sind neue Antworten auf Armut, soziale Ausgrenzung, prekäre Arbeitsbedingungen und Entsolidarisierung notwendig. Wir schlagen daher die Einrichtung und finanzielle Förderung einer „Zukunftsplattform soziale  
425 Innovation“ vor. Gemeinsam mit Akteur\*innen der Arbeitsmarktpolitik, der Wissenschaft und den Sozialverbänden sollen dort neue Konzepte und Modelle gesammelt, entwickelt sowie deren konkrete Umsetzbarkeit bewertet werden. Schwerpunkte sollen die folgenden Themen sein: Die Zukunft der **sozialen Sicherungssysteme** und Instrumente der Arbeitsmarktsteuerung vor dem Hintergrund der Veränderungen der Arbeitswelt; Modelle  
430 der **Grundsicherung** bis hin zur Erprobung von Grundeinkommensmodellen vor dem Hintergrund flexibler, unterbrochener Erwerbsbiographien sowie gesteigerter Armutsriskien; **interkulturelle Begegnung** und **intergenerationelle Unterstützung** in Quartieren und Ortsteilen; **sozialraumbezogene Versorgungsmodelle** sektorübergreifender medizinischer und pflegerischer Versorgung. Wir wollen die Etablierung einer digitalen  
435 Plattform, die Vergabe von Forschungsprojekten, die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Zukunftswerkstätten und Modellversuchen finanzieren.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 440 • die Etablierung einer „Zukunftsplattform soziale Innovation“, in der Akteur\*innen und Wissenschaft neue Modelle für die sozialen Sicherungssysteme, die Arbeitsmarktpolitik und die sozialraumbezogenen Versorgungsmodelle entwickeln.

#### 445 **Eine Gesundheitsversorgung, auf die wir uns verlassen können**

Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, in der die Qualität weder vom Namen der Krankenversicherung noch vom Wohnort abhängig ist. In einem verlässlichen  
450 Gesundheitswesen gehört das monatelange Warten auf Termine und das Weiterreichen von einer Praxis zur nächsten Praxis der Vergangenheit an.

- Wir wollen ein Gesundheitswesen, in dem jede\*r versorgt wird, egal an welchem Ort sie oder er krank wird. Dafür wollen wir die Möglichkeiten von Videosprechstunden, Gemeindegeschwestern und digitalen Behandlungsnetzen überall da anbieten, wo sie die Versorgung in Sachsen besser machen können. Wir wollen die Allgemeinmedizin weiter stärken und Gemeinschafts- und Gruppenpraxen, kommunale Medizinische Versorgungszentren, Notfallzentren und Praxisnetzwerke in der Fläche fördern, damit alle in Sachsen weiterhin auf schnell verfügbare Hilfe vertrauen können.
- Wir fördern Angebote, die Kinder und Jugendliche zu einer gesundheitsbewussten und selbstbestimmten Lebensweise befähigen. Zur **Prävention** gehören auch saubere Luft zum Atmen, Lärmschutz und unbelastete Lebensmittel. Wir unterstützen gesundheitlichen Verbraucherschutz und eine leistungsfähige Lebensmittelüberwachung in Sachsen.
- Arbeit kann für viele Menschen zu einer körperlichen oder psychischen Belastung werden. Wir wollen Unternehmen dazu ermuntern, stärker in die Gesundheit ihrer Mitarbeiter\*innen zu investieren. Dafür bedarf es entsprechender Präventionsprogramme und eines Gesundheitsmanagements, um gesundheitliche Risiken wie Burnout und Fehlbelastungen sowie die Risiken für ältere Arbeitnehmer\*innen zu verringern.
- Auch in Sachsen steigt die Zahl der psychischen Erkrankungen in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen. Der Unterversorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie wollen wir entgegenwirken, indem wir den Nachwuchs durch mehr Ausbildungsstellen in Kliniken wie Praxen für junge Assistenzärzt\*innen fördern und die Vernetzung zwischen den Kliniken, Weiterbildungsverbänden und standortübergreifende Fachbereichsleitungen voranbringen. Die Erkrankten und ihren Angehörigen müssen überall schnelle Hilfe erhalten: Damit Betroffene nicht monatelang auf einen Therapieplatz warten müssen, wollen wir psychiatrische Notaufnahmestellen in ganz Sachsen einrichten. Sachsen hat im bundesweiten Vergleich eine der höchsten Suizidraten – dem wollen wir mit Maßnahmen zur Suizidprävention entgegenwirken.
- Wir fordern den kostenlosen Zugang zu ärztlich verordneten Verhütungsmitteln und Kondomen für Geringverdiener\*innen. Der Freistaat Sachsen soll sich auf Bundesebene für partnerunabhängige kostenlose künstliche Befruchtungen einsetzen. Wir wollen, dass Sachsen seiner gesetzlichen Pflicht zur Bereitstellung von flächendeckenden Möglichkeiten des sicheren Schwangerschaftsabbruchs nachkommt.
- Die Landesinvestitionen in die Krankenhausinfrastruktur wollen wir auf hohem Niveau fortsetzen und mit Anreizen für Qualitätsverbesserungen verbinden. Krankenhäuser, die in die **Krankenhaushygiene** und den Infektionsschutz investieren, müssen finanziell entlastet werden. Der Ausbreitung multiresistenter Erreger im Gesundheitswesen muss entgegengewirkt werden, indem systematische Screenings bei Risikopatient\*innen (z. B. Nutztierhalter\*innen und Landwirt\*innen) durchgeführt werden.
- Die neu eingeführten Portalpraxen werden von den Patient\*innen gut angenommen und entlasten die Notaufnahmen in den sächsischen Krankenhäusern spätabends, an Wochenenden und Feiertagen. Wir wollen dieses Modell auch in medizinischen Versorgungszentren ermöglichen, damit die Wege für Not- und Nachtdienste im ländlichen Raum kürzer werden.
- Die Sicherheit der Geburt und die bestmögliche Umsorgung von jungen Familien vor und nach der Geburt sind uns ein Herzensanliegen. Auf unsere Initiative hin gibt es nun in Sachsen eine Koordinierungsstelle für Hebammenleistungen. Die Arbeit dieser

505 Koordinierungsstelle muss verstetigt und finanziell gesichert werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, endlich die Haftpflicht in der Geburtshilfe zu reformieren und so die Rahmenbedingungen für **Hebammen** entscheidend zu verbessern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 510
- ein ausreichendes medizinisches Grundangebot in der Fläche,
  - umfassende Präventionsprogramme,
  - psychiatrische Notaufnahmestellen in ganz Sachsen,
  - finanzielle Unterstützung für die Verbesserung der Krankenhaushygiene,
  - die finanzielle Sicherung der Koordinierungsstelle für Hebammenleistungen,
- 515
- Sachsens Einsatz auf Bundesebene für veränderte Haftpflichtbedingungen der Hebammen.

### **Bessere Rahmenbedingungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen**

520 Wir wollen die Arbeitsbedingungen in medizinischen Berufen verbessern. Beschäftigte sollen genug Zeit bekommen, um auf einzelne Patient\*innen einzugehen. Wir wollen die Bürokratie in den medizinischen Berufen abbauen, damit Ärzt\*innen und Pflegende mehr Zeit mit den Patient\*innen verbringen statt am PC.

525 Wir wollen, dass auch die im Gesundheitssystem arbeitenden Menschen im Job gesund bleiben. Nachtschichten, starke körperliche Belastung, Unterbesetzung und fehlende Wertschätzung machen viele Beschäftigte im Gesundheitswesen krank – viele so stark, dass sie den Beruf aufgeben müssen. Wir wollen in Sachsen Modelle mit verminderten

530 Wochenarbeitszeiten für im Pflege- und Gesundheitssystem Tätige ausprobieren, wir wollen Überbelastungen im Gesundheitswesen reduzieren und unterstützen Projekte, die die Nachtarbeitszeit auf ein Minimum reduzieren.

Wir unterstützen **Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten** in den

535 Gesundheitsberufen. Wer sich für einen Gesundheitsberuf entscheidet, darf bei der Ausbildung nicht draufzahlen – das Schulgeld, auch bei privaten Schulen, muss entfallen bzw. erstattet werden. Wir wollen die Auszubildenden zudem mit einer Ausbildungsbeihilfe unterstützen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sollen gleichwertige ausländische Fachabschlüsse schneller und kostengünstiger staatlich anerkannt werden.

540 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Bürokratieabbau in den medizinischen Berufen,
- die schnelle Anerkennung gleichwertiger ausländischer Fachabschlüsse.

545

### **Für eine Drogenpolitik mit Menschlichkeit und Augenmaß**

550 Zum Menschsein gehört die Suche nach Rausch und Betäubung. Der Versuch den Drogenkonsum zu regulieren, indem zwischen legalen und illegalen Drogen unterschieden wird, stößt an klare Grenzen. Legalisierte Drogen haben weder geringere Gesundheitsrisiken noch ein geringeres Suchtpotential.

555 Wir setzen auf eine **humane und aufgeklärte Drogen- und Suchtpolitik**, die auf suchtmedizinischen Erkenntnissen basiert. Eine solche Politik stärkt die

Selbstverantwortung mündiger Erwachsener beim Drogenkonsum und hilft Suchtkranken, ohne sie zu stigmatisieren.

560 Wir wollen zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie illegaler Drogen für alle Altersgruppen, beginnend bei Kindern, um sie in ihrer Persönlichkeit und Gesundheitskompetenz zu stärken. Wir setzen uns für ein umfassendes Werbeverbot für Alkohol und Nikotin ein.

565 Eine bedarfsgerechte Ausstattung der Suchtkrankenhilfe muss in allen Regionen Sachsens gesichert werden. Auch die Eltern und andere Angehörige Suchtkranker brauchen landesweit Beratungs- bzw. Therapieangebote. Wir wollen auf eine bedarfsgerechte und flächendeckende Ausweitung der substitions-gestützten Behandlung von schwerstabhängigen Drogenkonsument\*innen hinwirken und über die bewährte Opiatsubstitution hinaus auch bei anderen Drogen erproben.

570 Wir fordern vor allem für Crystal-Abhängige mehr stationäre **Therapieplätze**, insbesondere für Eltern mit Kind und in den Justizvollzugsanstalten.

575 Die Polizei muss bei der **Sucht- und Drogenprävention** deutlich besser aus- und fortgebildet und sowohl personell als auch technisch entsprechend den Anforderungen ausgestattet werden. Wir wollen die Einrichtung sogenannter Drogenkonsumräume durch eine entsprechende Rechtsverordnung auf Landesebene ermöglichen.

580 Wir GRÜNE wollen den Cannabismarkt nicht mehr kriminalisieren, sondern unter strengen Auflagen legalisieren. So kann der Markt endlich staatlich überwacht und kontrolliert werden. Wir haben deshalb im Bundestag ein Cannabiskontrollgesetz eingebracht.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 585
- zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie illegaler Drogen,
  - ein umfassendes Werbeverbot für Alkohol und Nikotin,
  - eine bedarfsgerechte Ausstattung der Suchtkrankenhilfe in allen Regionen Sachsens,
- 590
- eine in Sachen Drogen- und Suchtprävention verbesserte Aus- und Weiterbildung der Polizei.

### Ideen für eine moderne Pflege

595

Einen großen Teil der Pflege, etwa 70 Prozent, übernehmen Angehörige. Diese Leistung braucht nicht nur mehr gesellschaftliche Anerkennung, sondern vor allem eine bessere Unterstützung. Wir wollen deshalb die Pflegeberatung in Sachsen deutlich ausbauen. Sie muss wohnortnah und ausschließlich den zu beratenden bzw. den zu pflegenden Personen verpflichtet sein und eine individuelle professionelle **Pflegebegleitung** ermöglichen. Besonders wichtig ist uns der Ausbau von Schulungsangeboten und Selbsthilfegruppen für die pflegenden Angehörigen. Die Gründe für eine Pflegebedürftigkeit sind vielfältig. Diese Vielfalt muss sich in den Angeboten widerspiegeln. Wir wollen Angebote wie Tages- und Kurzzeitpflege, Mehrgenerationenwohnen oder Pflege-WG's bis hin zu Hospizen

600

605 ebenso fördern wie eine stärkere Vernetzung im Quartier, um die Menschen mit Pflegebedarf im Wohnumfeld zu unterstützen.

Das Berufsbild von Kranken- und Altenpfleger\*innen ist zunehmend durch schlechte Bezahlung und Überstunden geprägt. Wir streiten daher für **bessere Arbeitsbedingungen** und angemessene Löhne im Pflegesektor. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für die Erhöhung des Pflegemindestlohns ein. Konkret wollen wir verbindliche Personalbemessungsregeln im Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz sowie im Sächsischen Krankenhausgesetz durchsetzen. Diese Maßnahme soll durch ein Sofortprogramm des Freistaates Sachsen ergänzt werden, das für mehr Pflegestellen in Krankenhäusern und Pflegeheimen sorgt. Um langfristig eine bessere Bedarfsplanung zu ermöglichen, erachten wir eine regelmäßige Erfassung von Daten durch das Statistische Landesamt zum Thema ambulante und stationäre Pflege für unerlässlich.

Für mehr Stellen sind nicht zuletzt mehr Auszubildende notwendig. Wir benötigen daher ein System mit attraktiven **Aus- und Weiterbildungen**, einer guten Betreuung während des Berufsstarts und eine gute Bezahlung von Beginn an. Präventionsprogramme für das körperliche und psychische Wohlbefinden der Pflegenden sind uns sehr wichtig. Wir setzen uns für altersgerechte Arbeitsmodelle in der Pflege ein.

Wir wollen in Sachsen eine **Interessenvertretung der Pflegekräfte** (z. B. als Pflegekammer) etablieren, die mit den staatlichen Stellen gleichrangig verhandeln kann und für eine bessere Situation in der Pflege eintritt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Ermöglichung vielfältiger Pflegeformen,
- die Unterstützung pflegender Angehöriger
- bessere Arbeitsbedingungen und Ausbildung von Pflegekräften.

### 635 **Verbraucher\*innen besser schützen**

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass **Lebensmittel** besser kontrolliert werden. Dafür braucht Sachsen mehr Kontrolleur\*innen und ausreichende Laborkapazitäten in der Landesuntersuchungsanstalt. Wir bleiben bei unserer kategorischen Ablehnung gentechnischer Veränderung von Pflanzen und Tieren.

Wir wollen, dass an **Kitas und Schulen** gesundes Essen mit einem hohen vegetarischen Anteil angeboten wird. Dabei ist auf regionale und biologische Produktion zu achten. Obst und Gemüse sind abhängig vom heimischen Saisonkalender anzubieten. Wir wollen Vollküchen mit qualifiziertem Personal in den Kitas und Schulen und Kochunterricht für Kinder fördern.

Wir setzen uns ein für ausreichende **Beratungsangebote** für die Bürger\*innen, die wissen wollen, was Produkte, die sie nutzen, enthalten und wie diese am besten entsorgt werden. Produkte müssen strenger kontrolliert werden und Verstöße, die Sicherheit und Gesundheit der Konsument\*innen gefährden, samt der Verantwortlichen öffentlich benannt werden. Dafür müssen Kontrollstellen angemessen ausgestattet und die Verbraucherzentrale Sachsen gestärkt werden.

Dies gilt auch insbesondere angesichts neuer Herausforderungen für den Verbraucher\*innenschutz. Durch die **Digitalisierung** ergeben sich neue Risiken für Verbraucher\*innen. Große Unternehmen bauen ihre Geschäftsmodelle auf Big Data auf. Wir wollen, dass der Freistaat eine Kampagne „Digitale Selbstverteidigung“ startet, die für

660 Datenrisiken sensibilisiert und Bürger\*innen dazu anregt, Verschlüsselungsmöglichkeiten stärker zu nutzen. Gefahren lauern auch im Bereich des Online-Handels. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Sachsen sich an der Förderung des Projekts „Online-Schlichter“ beteiligt.

665 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- bessere Lebensmittelkontrollen,
- gesundes Essen an Kitas und Schulen,
- ausreichende Beratungsangebote für Verbraucher\*innen,
- digitalen Verbraucher\*innenschutz.

670

### **Sport verlässlich und nachhaltig fördern**

675 Für die meisten Menschen im Freistaat Sachsen ist Sport fester Bestandteil eines guten Lebens. Fast jede\*r sechste Bürger\*in Sachsens ist Mitglied im Sportverein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine sport- und bewegungsfreundliche Gesellschaft ein.

680 In vielen Vereinen und Verbänden tritt in den kommenden Jahren eine ganze Generation von Aktiven einen Schritt zurück. Um die bestehenden Strukturen zumindest mittelfristig zu erhalten, sind Anreize nötig. Wir GRÜNE wollen das **Ehrenamt spürbar aufwerten**. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Ehrenamtszuschale auf 1200 Euro pro Jahr zu erhöhen. Solange dies nicht bundeseinheitlich passiert, muss der Freistaat Sachsen die Differenz ausgleichen. In vielen Vereinen und Verbänden gibt es „positive Verrückte“, die

685 „den Laden“ seit Jahren am Laufen halten. Wir wollen den „Joker im Ehrenamt“ stärken und ausbauen. Aktive Ehrenamtliche sollen z. B. eine Netzkarte für den gesamten Öffentlichen Verkehr im Freistaat und freien Eintritt für Sportveranstaltungen im Freistaat erhalten.

690 Mit den Fachverbänden und dem Landessportbund wollen wir eine ehrliche und transparente Analyse der derzeitigen Verteilungsschlüssel angehen. Dabei sollen neben Kadersportler\*innen auch gerade die Vereine und Verbände profitieren, welche eine langfristige und solide **Kinder- und Jugendarbeit** anbieten. Um die professionelle Entwicklung aller Trainer\*innen und Übungsleiter\*innen sicherzustellen, setzen wir uns dafür ein, die Kosten der notwendigen Weiterbildungen zu 50 Prozent durch den Freistaat

695 Sachsen zu finanzieren.

Wir unterstützen die Erklärung des Deutschen Olympischen Sportbundes gegen sexualisierte Gewalt im Sport und fordern für Sachsen deren verbindliche Umsetzung. Das Thema Prävention gehört auf die Agenda in allen Strukturen des Sports. Insbesondere die ehrenamtlich arbeitenden Vorstände brauchen Unterstützung bei der Erarbeitung entsprechender Kinderschutzsysteme. Fortbildungen und Coachings zu diesem Thema sind durch den Freistaat zu fördern und zu unterstützen.

700

705 Auch ohne die seit Jahren in Aussicht gestellte Sportstättenstatistik ist klar: Der Investitionsstau bei der Sportinfrastruktur ist enorm. Die Kapazitäten von Turnhallen, Schwimmbädern und Sportplätzen insbesondere in den kreisfreien Städten reichen nicht mehr aus, um der gewachsenen Zahl von Sportler\*innen gerecht zu werden. Wir wollen ein Förderprogramm 2020-2025 auflegen. Gleichzeitig ist eine Überarbeitung der **Sportförderrichtlinie** notwendig. Sie muss die Mehrfachnutzung von Sportstätten ebenso

710 berücksichtigen wie die Wettkampftauglichkeit ausgewählter Standorte. Hierbei ist eine landesweite Abstimmung wichtig, um teure Parallelstrukturen zu vermeiden.

715 Immer mehr Kommunen und Vereine setzen auf Kunstrasenplätze. Am häufigsten werden Böden verlegt, die mit kunststoffbasiertem Granulat, zum Teil aus Altreifen, gefüllt sind. Dadurch gelangt Mikroplastik ins Grundwasser, weitere Stoffe gelten als krebserregend. Wir fordern eine Anpassung der Förderrichtlinie, die den Bau von Kunstrasenplätzen aus umweltfreundlichen, nachwachsenden und recyclebaren Füll-Materialien wie Kork-Kokosfasern priorisiert.

720 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich bei Sport-Großveranstaltungen für die Durchsetzung **ökologischer und sozialer Kriterien** ein. Ein entsprechendes Nachhaltigkeitskonzept muss Aussagen zur benötigten Ausstattung und deren Beschaffung ebenso enthalten wie Pläne zur Mobilität. Ein Nachhaltigkeitskonzept muss Bedingung für die Förderfähigkeit von Großveranstaltungen durch den Freistaat Sachsen sein.

725 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- bessere Anerkennung des Ehrenamts im Sport,
- besondere Berücksichtigung der Kinder- und Jugendarbeit in der Sportförderung,
- 730 • eine Überarbeitung der Sportförderrichtlinie, die Mehrfachnutzung und Wettkampftauglichkeit von Sportstätten berücksichtigt,
- ökologische und soziale Kriterien bei der Förderung von Sport-Großveranstaltungen.

### 735 **Gutes Wohnen für alle**

Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum in ganz Sachsen ein. Gerade in Großstädten und einzelnen Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt besteht dringender Handlungsbedarf. Immer häufiger werden einkommensarme und sozial benachteiligte Menschen aus bestimmten Quartieren verdrängt oder sind von Wohnungslosigkeit betroffen. Diese Entwicklung müssen wir stoppen.

740

Weil eine eigene Wohnung der Schlüssel zur sozialen Teilhabe ist, wollen wir **Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen**. Wir wollen die Kommunen unterstützen, genügend unterschiedliche Wohnungskontingente bereitzustellen, um eine möglichst schnelle Integration von wohnungssuchenden und wohnungslosen Menschen zu ermöglichen. Wir setzen darauf, Wohnungslosen möglichst schnell dauerhaften abgeschlossenen Wohnraum mit wohnbegleitenden Hilfen zur Verfügung zu stellen, und zwar ohne die Bedingung, vorher „Wohnfähigkeit“ zu erlangen („Housing-First“-Ansatz).

745

750 Um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu entsprechen, brauchen wir mehr **sozialen Wohnungsbau**. Wir wollen ein Wohnungsbauprogramm im Umfang von 5.000 neuen oder sanierten Sozialwohnungen in Sachsen auflegen. Dazu wollen wir die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für soziale Wohnraumförderung vollständig verwenden und mit eigenen Landesmitteln auf 200 Mio. Euro pro Jahr erhöhen. Um dauerhaft bezahlbare Mieten zu sichern, wollen wir vorrangig gemeinnützige Wohnungsbauträger durch Baukostenzuschüsse ohne die Vorgabe von Mindestmieten fördern und die Mietbindung auf mindestens 25 Jahre verlängern. Schwerpunkte der sozialen Wohnungsbauförderung sollen auf besonders stark nachgefragten Wohnungen für Alleinstehende, kinderreiche Familien und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen liegen. Wir wollen insbesondere im sozialen Wohnungsbau das Bauen mit den zukünftigen Bewohner\*innen erproben, um Baukosten zu senken und die Identifikation mit dem Wohnumfeld zu stärken. Mit einem

755

760

Landesförderprogramm Quartiersentwicklung wollen wir den Kontakt zwischen den Generationen fördern.

765

Unser Ziel ist es, möglichst große Bestände an Wohnungen zu erhalten und neu zu schaffen, die außerhalb des auf Profitmaximierung orientierten Wohnungsmarktes bestehen. Dafür wollen wir den Anteil von **Wohnungen in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand** erhöhen, genauso wie den von kooperativen Wohnformen und Bauprojekten, Selbst(aus)bauprojekten und experimentellem Wohnungsbau. Auf Bundesebene setzen wir uns für die steuerliche Förderung der **Wohnungsgemeinnützigkeit** ein.

770

775

Um die **Spekulation mit Wohnraum** zu stoppen, brauchen wir ein Ende des Ausverkaufs von knappem Boden in den Städten. Grundstücke der Kommunen und des Freistaates sollen nur noch nach Erbbaurecht vergeben werden. Wir setzen uns dafür ein, die Steuervorteile beim Verkauf von Immobilien durch Unternehmen abzuschaffen. Der Freistaat soll sich für eine erneute Reform der Grundsteuer mit dem Ziel einer Bodenwertbesteuerung einsetzen.

780

785

Wir wollen den Kommunen alle rechtlichen Möglichkeiten geben, um gegen Verdrängung vorzugehen. Dadurch wollen wir in den betroffenen Stadtteilen die **Zweckentfremdung** von Wohnraum z. B. durch Ferienwohnungen ebenso stoppen wie Luxussanierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Bei der kommunalen Durchsetzung von **sozialen Erhaltungssatzungen** (Milieuschutz) wollen wir die Kommunen rechtlich und finanziell in die Lage versetzen, durch Nutzung des Vorkaufsrechts Einfluss auf den Immobilienmarkt zu nehmen.

790

Wir wollen einen Teil der bestehenden Rücklagenfonds des Freistaates für die Einrichtung eines **revolvierenden Wohnfonds** einsetzen. Mit diesem Fonds sollen Kommunen über rückzahlbare Zuschüsse und Darlehen beim Aufbau gemeinnützigen Wohneigentums und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts unterstützt werden. Ergänzend wollen wir zur Finanzierung wohnungspolitischer Maßnahmen die Grunderwerbssteuer anheben.

795

Im Mittelpunkt einer klima- und zugleich mieter\*innenfreundlichen Wohnungspolitik muss perspektivisch auch eine Senkung der Energiekosten stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass **energetische Sanierungen** in Zukunft nur noch in einem Umfang auf die Miete umgelegt werden können, der nicht zu einer Erhöhung der Warmmiete führt. Vorrangig gefördert werden sollen Maßnahmen mit der günstigsten Kosten-Nutzen-Relation.

800

805

Der Freistaat Sachsen sowie die Einrichtungen und Unternehmen des Landes verfügen über relevante Vermögenswerte an Grundstücken. Wir GRÜNE kämpfen dafür, dass diese gemeinwohlorientiert eingesetzt und nicht mehr zum Höchstgebot rein nach betriebswirtschaftlichen Interessen verwertet werden. Mit einer Verwaltungsvorschrift soll der Freistaat eigene Grundstücke vergünstigt abgeben, wenn darauf günstiger Wohnraum entsteht. Wir wollen dafür ein **Vorkaufsrecht für die Kommunen** schaffen und diese dabei begleiten, ihre Flächen effizient für bezahlbaren Wohnraum zu nutzen und heutige Flächenreserven zu heben.

810

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die entschiedene Bekämpfung von Wohnungslosigkeit durch Ausbau präventiver und begleitender Maßnahmen,
- ein soziales Wohnungsbauprogramms im Umfang von jährlich 5.000 Wohneinheiten,

- 815
- die Bereitstellung von Wohnungskontingenten für unterschiedliche Personengruppen und Lebenslagen,
  - die vorrangige Förderung gemeinnütziger und kooperativer Wohnungsbauträger,
  - wirksame Maßnahmen gegen Boden- und Immobilienspekulation,
  - die Einrichtung eines Wohnfonds zur Unterstützung der Kommunen beim Aufbau gemeinnützigen Wohneigentums,
- 820
- kostenverträgliche energetische Sanierungen von Wohnraum,
  - eine aktive Flächenpolitik des Freistaates Sachsen.

825

## **Gute Bildung für alle**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine gute Bildung für alle ermöglichen. Dazu gehört für uns die Vermittlung grundlegender Kompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen ebenso wie das gemeinsame Leben und Lernen eines sozialen Miteinanders und ökologischer Verantwortung.

830

In Sachsen leben Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Interessen, Herkunft, Fähigkeiten und Möglichkeiten. Ihnen allen müssen wir die beste Bildung ermöglichen. Alle Bildungseinrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, professionell und gut ausgestattet mit der Vielfalt von Kindern umgehen zu können. Alle Eltern sollen frei wählen können, welche Schule ihr Kind besucht. Wir wollen, dass Schulbildung auch in freien Schulen ohne Schulgeld möglich wird und Schulen in freier Trägerschaft Schüler\*innen aller Schichten aufnehmen.

835

840

## **Gerechte Bildung von Anfang an**

Das Versprechen gerechter Bildung müssen wir schon in den frühen Jahren einlösen. Wir wollen die **Betreuungssituation in den Kitas** so verbessern, dass jedes Kind nicht nur betreut, sondern optimal in seiner individuellen Entwicklung gefördert werden kann. Wir wollen **einheitliche Qualitätsstandards** für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einführen und diese durch Fortbildungen, regionale Beratungsstellen und Vernetzungsmöglichkeiten gewährleisten.

845

850

Bildungsbenachteiligungen müssen wir entschieden entgegenwirken. Deshalb wollen wir Kitas und Schulen in einem herausfordernden sozialen Umfeld mit einem **Bildungsbonus** unterstützen. Basierend auf einem in anderen Bundesländern erfolgreich erprobten Sozialindex werden Bildungseinrichtungen zusätzliche Stellen und finanzielle Mittel zugewiesen. Damit soll eine pädagogische Förderung ermöglicht werden, die Benachteiligungen ausgleicht und die Attraktivität der Einrichtung auch für bildungsnahe Eltern erhöht.

855

Wir können nicht länger hinnehmen, dass die Wahl der Schulart über Lebenswege entscheidet. An Gymnasium, Oberschule und Gemeinschaftsschule sollen gleichberechtigt alle schulischen Abschlüsse einschließlich des Abiturs erworben werden können. Mit der **Gemeinschaftsschule** wollen wir längeres gemeinsames Lernen überall dort ermöglichen, wo Schule und Schulträger dies möchten. Gemeinschaftsschulen sollen bereits ab der ersten Klassenstufe beginnen und das Abitur wahlweise auch nach 13 Jahren ermöglichen können. Bei der Konzeptentwicklung und Umsetzung durch Neugründungen oder

860

865

Kooperationen bestehender Schulen wollen wir Gemeinschaftsschulen personell und finanziell unterstützen.

870 Ganztagschulen haben einen hohen Einfluss auf den Abbau von Bildungsbenachteiligungen. Sachsen hat zwar einen hohen Anteil an Schulen mit Ganztagsangeboten, jedoch dominiert die Trennung von Grundschulunterricht am Vormittag und Hort am Nachmittag. Mit einem Programm **GanztagsPlus** wollen wir konsequent echte Ganztagschulen mit zusätzlichen Mitteln fördern, die Leben, Lernen und Förderangebote intelligent verbinden. Die Förderung von Ganztagschulen soll durch eine  
875 konzeptgebundene und mehrjährige Pauschalförderung unbürokratisch gestaltet werden.

Wir wollen, dass mehr Menschen den **zweiten Bildungsweg** nutzen, um einen Schulabschluss nachzuholen. Für ein flächendeckendes Angebot muss die vorhandene Infrastruktur von Schulgebäuden, Volkshochschulen oder anderen geeigneten  
880 Bildungsstätten besser genutzt werden. Um v. a. Eltern und Berufstätige zu erreichen, müssen flexiblere Angebotsformen entwickelt und die Möglichkeiten online-basierten Lernens und Prüfens ausgebaut werden.

885 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssels (Fachkraft-Kind-Relation) auf 1:4 (Krippe), 1:10 (Kindergarten) und 1:16 (Hort),
- die Einführung eines Bildungsbonus für Kindertageseinrichtungen und Schulen mit besonderen Herausforderungen,
- 890 • längeres gemeinsames Lernen durch die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen,
- die Auflage eines Programms GanztagsPlus,
- die Stärkung des Zweiten Bildungsweges.

## 895 **Nachwuchs fördern und faire Arbeitsbedingungen schaffen**

Beste Bildung braucht Engagement und Professionalität. Das beginnt bei der Ausbildung von Erzieher\*innen und hört bei der fairen Vergütung von Lehrkräften noch lange nicht auf. Sachsen muss attraktiv für die talentiertesten Pädagog\*innen werden.

900 Um dem Generationswechsel in den Kitas gerecht zu werden und die Betreuungsschlüssel zu verbessern, brauchen wir mehr gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte. Dazu wollen wir das Schulgeld für die Erzieher\*innenausbildung abschaffen. Zugleich wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künftig die Hälfte aller neuen Erzieher\*innen an  
905 Hochschulen aus- und weitergebildet werden und damit den Anschluss an europäische Standards erreichen. Leitung, Fortbildung und Fachberatung sollen künftig einen Hochschulabschluss voraussetzen. Um die Attraktivität und Wertschätzung von Erziehungsberufen zu stärken, fordern wir langfristig eine Vergütung auf Lehrer\*innenniveau.

910 Die derzeitige Form der Lehrer\*innenbildung hat zum Lehrer\*innenmangel beigetragen und geht längst an der Realität vorbei. Der überwiegende Teil der Lehrkräfte hat das Lehramt Gymnasium studiert und wird mittlerweile an anderen Schularten eingesetzt, ohne dafür ausgebildet zu sein. Wir werden eine neue Lehrer\*innenbildung einführen, die sich  
915 konsequent an den Herausforderungen der Praxis und am Alter der Kinder orientiert statt nach Schularten zu unterscheiden. Seiteneinsteiger\*innen können nicht nur Lücken füllen, sondern unsere Schulen bereichern. Sie brauchen jedoch eine umfassende pädagogische

und fachliche Weiterbildung, die wir durch ein berufsbegleitendes zweijähriges Masterstudium sicherstellen wollen.

920

Um den Mangel an Lehrkräften zu beseitigen, brauchen wir mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen. Wir wollen eine **faire Vergütung**, die angestellte Lehrkräfte nicht schlechter stellt als verbeamtete Kolleg\*innen. Schulen in freier Trägerschaft müssen finanziell in die Lage versetzt werden, konkurrenzfähige Vergütungen zahlen zu können.

925

Lehrkräfte sollen sich grundsätzlich direkt an Schulen bewerben und von diesen eingestellt werden können. Um eine ausgewogene Lehrkräfteversorgung zu sichern, sollen mit einem Lehrkräfteportal vorab Bedarfe abgeglichen werden. Schulen in benachteiligten Stadtteilen und unterversorgten Regionen sollen Bewerber\*innen vorrangig auswählen und Vergütungszuschläge für ihre Lehrkräfte erhalten können. Mit flexiblen Arbeitszeitmodellen

930

wollen wir dafür sorgen, dass Schulen den unterschiedlichen Lebenslagen Rechnung tragen können. Wir wollen, dass Schulen mit einem eigenen Budget in der Lage sind, Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben zu entlasten und durch Schulassistenzen und Honorarkräfte zu unterstützen.

935

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Verbesserung der Ausbildung und Vergütung von Erzieher\*innen,
- die Einführung eines Lehrer\*innenbildungsgesetzes, das sich an Schulstufen orientiert und stärkere Praxisanteile aufweist,
- Vergütung der Lehrkräfte auf bundesweit konkurrenzfähigem Niveau an allen Schularten,
- Einführung flexibler Arbeitszeitregelungen für Lehrkräfte.

940

945

### **Weichen stellen für das Lernen von morgen**

Weltweite Vernetzung und Digitalisierung verändern unsere Welt und machen nicht halt an den sächsischen Grenzen. Wir werden morgen ganz anders lernen, arbeiten und leben als heute. Wir wollen Kitas und Schulen, die unsere Kinder auf die Zukunft vorbereiten. Der kompetenzorientierte Sächsische Bildungsplan für die Kitas weist in die richtige Richtung, muss aber durch mehr Personal, Beratung und Weiterbildung mit Leben erfüllt werden. Die starren und detaillierten Lehrpläne der Schulen wollen wir durch kompetenzorientierte Kerncurricula ablösen, die sich an den bundesweiten Bildungsstandards orientieren. So bekommen die Schulen und Lehrkräfte genügend pädagogischen Freiraum, um individuelle Interessen und Kompetenzen zu fördern. Schulen haben es so selbst in der Hand, ob sie Nichtversetzung in das nächste Schuljahr (Sitzenbleiben) durch gezielte individuelle Förderung überflüssig machen und nur noch auf Wunsch der betroffenen Schüler\*innen beziehungsweise ihrer Eltern anwenden.

950

955

960

Den Herausforderungen der **Digitalisierung** sind die sächsischen Kitas und Schulen bisher kaum gewachsen. Dabei sind digitale Technologien eine Chance, um Bildung anders und besser zu organisieren. Alle sächsischen Schulen sollen digitale Basiskompetenzen vermitteln können. Darüber hinaus wollen wir an Profilschulen mit einer vertieften digitalen Bildung den IT-Nachwuchs fördern. Mit einem ressortübergreifenden Masterplan und einem

965

Medien- und Digitalisierungskompetenzzentrum wollen wir die Lehrkräfte in die Lage versetzen, digitale Kompetenzen für soziale Verantwortung und kritische Auseinandersetzung mit Medien und digitalen Technologien zu vermitteln. Die digitale Kompetenzentwicklung der Lehrkräfte wollen wir umfassend in der Fachdidaktik der Lehrerbildung verankern. Abgestimmt mit den Plänen des Bundes wollen wir bis 2022 eine

970 Investitionsoffensive für die digitale Infrastruktur in Schulen abschließen, damit die Vermittlung digitaler Kompetenzen nicht an technischen Hürden scheitert. Alle Schüler\*innen sollen bis dahin mit einem Tablet oder adäquaten digitalen Arbeitsmitteln ausgestattet werden und gemeinsam mit Lehrkräften ein einheitliches und nutzerfreundliches Schulportal mit Lehr/Lerntools und für Vernetzung nutzen können.

975 Neben Know-how und Ausstattung wollen wir auch das pädagogische Potenzial der **Schulgebäude** heben. Denn der Raum als dritter Pädagoge beeinflusst wesentlich die Art und Weise des Lernens. Die Schulgebäude erschweren durch ihre Raumstruktur zeitgemäße Pädagogik für Inklusion, Ganzttag oder Projektlernen. Wir wollen insbesondere die anstehenden Schulneubauten und -sanierungen nutzen, damit Schulgebäude mit innovativen Raumlösungen z. B. für Clusterräume oder Lernlandschaften entstehen können.

985 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Einführung von kompetenzorientierten Kerncurricula anstelle von Lehrplänen,
- die Gewährleistung digitaler Basiskompetenzen an allen Schulen und Vertiefungskompetenzen an Profilschulen,
- einen Masterplan und ein Kompetenzzentrum Medien und Digitalisierung für Aus- und Weiterbildung, Beratung und Kooperationen mit externen Partner\*innen,
- eine Investitionsoffensive 2022 für digitale Technik an allen Schulen,
- die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Schulportals mit individuellen Accounts von Schüler\*innen und Lehrkräften,
- die Entwicklung einer Sächsischen Schulbaurichtlinie für innovative und flexible pädagogische Architektur.

### **Selbstständigkeit und Mitbestimmung in der Bildung stärken**

1000 Gute Bildung kann nur gelingen, wenn sie vor Ort aktiv gestaltet werden kann. Die Voraussetzungen und Herausforderungen an den verschiedenen Bildungseinrichtungen sind ebenso unterschiedlich wie die Lehrkräfte, Schüler\*innen und Eltern. Deshalb sind in Kitas und Schulen eine größere Selbstbestimmung und mehr Demokratie notwendig.

1005 Wir streben eine echte **Gleichstellung von Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft** an. Sowohl die Gründung als auch der laufende Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft muss dauerhaft möglich bleiben. Schulen in freier Trägerschaft müssen gleichberechtigt an allen Modellprojekten und Förderprogrammen teilhaben können.

1010 Viele gute Ideen werden durch einen starren pädagogischen Rahmen und geringe Handlungsspielräume ausgebremst. Wir wollen, dass Kitas und Schulen, die eigene Konzepte entwickeln und umsetzen wollen, organisatorisch, finanziell und personell unabhängiger werden. Kitas und Schulen sollen auf Antrag alle Bedarfe jenseits der grundlegenden Stellenausstattung über ein pauschales **Budget** decken können. Die Budgethöhe bemisst sich an den spezifischen sozialen und pädagogischen Voraussetzungen der einzelnen Bildungseinrichtungen. Im Rahmen des Budgets sollen konzeptgebunden Honorarkräfte, Assistenzen, psychologische und sozialpädagogische Kompetenzen und pädagogische Maßnahmen eigenständig organisiert und finanziert werden können.

1020

Die größere Eigenständigkeit von Schulen muss mit einer grundlegenden **Veränderung der Schulaufsicht** einhergehen. An die Stelle der bisherigen Detailsteuerung durch das Landesamt für Schule und Bildung wollen wir die regelmäßige Evaluation und Entwicklungsberatung der Schulen auf der Grundlage ihrer Schulkonzepte setzen.  
1025 Profilentwicklung, Fortbildung und Qualitätsmanagement an Schulen sollen durch regionale Kompetenzzentren unterstützt werden. Für diese Aufgaben wollen wir neues Personal mit einem breiten Qualifikationsspektrum gewinnen und die bisher im Landesamt für Schule und Bildung gebundenen Lehrkräfte, soweit möglich, wieder an den Schulen einsetzen.

1030 Die Entscheidungsbefugnis über finanzielle, organisatorische und personelle Fragen wollen wir in die Hände der demokratisch gewählten Mitwirkungsgremien legen. Wir wollen die **Elternrechte stärken**, indem wir ein paritätisch von Eltern und Fachkräften besetztes Gremium in den Kitas einführen, das über alle wichtigen Angelegenheiten einer Einrichtung entscheidet. Die **Rechte der Schüler\*innen** und Eltern wollen wir durch ein Antrags- und Vetorecht in der Schulkonferenz stärken.  
1035

Wir wollen, dass an Kitas und Schulen demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Verantwortung und religiöse Toleranz gelernt und gelebt werden. Wir wollen Demokratiekompetenz in der Aus- und Fortbildung von Erzieher\*innen und Lehrkräften verankern und Ziele demokratischer Bildung gesetzlich verankern. Als fächerübergreifendes Bildungsziel an Schulen muss in den Kerncurricula verankert werden, dass Schüler\*innen **demokratische, soziale und interkulturelle Kompetenz** erwerben. Schulen müssen durch Vernetzung und finanzielle Förderung aktiv dabei unterstützt werden, dass kulturelle, ethnische, religiöse und weltanschauliche Vielfalt erfahrbar wird.  
1040  
1045

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die umfassende Gleichstellung von Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft,
  - eine größere finanzielle, organisatorische und pädagogische Selbstständigkeit von Kitas und Schulen,
  - den Umbau der Schulaufsicht (Beratung statt Detailsteuerung),
  - die Stärkung der Mitbestimmungsrechte an Kitas und Schulen,
  - die Verankerung von demokratischer Bildung in Kitas und Schulen.
- 1050

## 1055 **Berufliche Bildung und Weiterbildung für eine sich ändernde Arbeitswelt**

Sachsen braucht mehr denn je eine qualifizierte berufliche Bildung in allen Phasen des Arbeitslebens. Der rasante Wandel der Arbeitswelt stellt neue Anforderungen an die duale Ausbildung und die Weiterbildung.  
1060

Angesichts des Fachkräftemangels ist es nicht hinnehmbar, dass die Zahl der Ausbildungsabbrüche unverändert hoch ist und dass Ausbildungen aus finanziellen Gründen nicht aufgenommen oder abgebrochen werden. Der Freistaat Sachsen muss sich für eine **Mindestausbildungsvergütung** auf Bundesebene stark machen. Schulen in freier Trägerschaft müssen so ausgestattet werden, dass das derzeit erhobene Schulgeld insbesondere in Mangelberufen wie Erziehung, Gesundheitsberufen und Pflege entfallen kann. Durch die Einführung von praxisorientierten **Produktionsschulen** wollen wir erreichen, dass auch „Schulmüde“ und Jugendliche ohne Schulabschluss durch Ausbildung einen Einstieg in den Beruf finden. Wo es notwendig ist, sollen Berufsschüler\*innen durch Beratungslehrer\*innen als Lots\*innen und Mentor\*innen während der Ausbildung und bei der Arbeitsplatzsuche begleitet werden.  
1065  
1070

1075 Um die Berufsorientierung und ausbildungsbegleitende Betreuung von Azubis zu verbessern, wollen wir **Auszubildendenwerke** zur flächendeckenden Unterstützung für alle Auszubildenden einrichten. Angelehnt an das Modell der Studierendenwerke sollen in Kooperation mit bisherigen Angeboten Dienstleistungen von der Berufsberatung über die Beantragung von BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe bis hin zur Beratung bei Problemen im Betrieb oder psychosozialen Anliegen gebündelt werden. In Zusammenarbeit mit lokalen  
1080 Wohnungsgesellschaften sollen die Auszubildendenwerke insbesondere in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten günstigen Wohnraum vermitteln und bereitstellen.

Um auf die ständige Veränderung von Inhalten und Anforderungen zu reagieren, brauchen wir eine stärkere **Modularisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung**. So können  
1085 individuelle und passgenaue Kompetenzprofile gebildet werden, ohne einen Ausbildungsgang vollständig zu absolvieren. Bildungsträger können damit ihre Angebote gleichermaßen für Aus- und Weiterbildung bereitstellen.

Wir wollen in einem **Bildungsfreistellungsgesetz** den Anspruch auf bezahlte Freistellung für Weiterbildung gesetzlich verankern. In bislang unzureichend versorgten Regionen und Stadtquartieren wollen wir die Zugänge zur Erwachsenenbildung erleichtern. Die Zuschüsse für die **Volkshochschulen** wollen wir schrittweise auf den bundesdeutschen Durchschnitt anheben, um ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot zu gewährleisten.

1095 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine Mindestausbildungsvergütung und die Einführung von Produktionsschulen zur Senkung der Abbrechendenquoten,
- eine verstärkte Modularisierung der Aus- und Weiterbildung,
- die Einführung von Auszubildendenwerken, in denen Beratung und Unterstützung gebündelt werden,
- ein Bildungsfreistellungsgesetz und die stärkere Finanzierung von Volkshochschulen.

1105

## **Für starke Hochschulen und exzellente Wissenschaft**

In einer sich rasant verändernden Welt werden Hochschulen und Wissenschaft wichtiger denn je. Das Wissen, das sie schaffen und vermitteln, hilft, Herausforderungen wie  
1110 Klimawandel, Digitalisierung oder Globalisierung anzugehen. Wissenschaft und Forschung sind entscheidende Innovationsmotoren, die jedoch nicht ökonomischen Nützlichkeitserwägungen unterworfen werden dürfen. Angesichts von Fake News und zunehmender Wissenschaftsleugnung müssen wir die Rolle von Hochschulen im gesellschaftlichen Diskurs stärken.

1115

Nach einer Phase von Kürzung und Stagnation wollen wir den Stellenwert von Hochschule und Wissenschaft wieder erhöhen. Auf einer soliden finanziellen Grundlage und mit mehr Gestaltungsspielraum sollen die Hochschulen ihre Potenziale voll entfalten können.

1120

## **Mehr Gestaltungsspielräume für Hochschulen**

Die sächsischen Hochschulen sind weit über Sachsen hinaus attraktiv für Studierende und Wissenschaftler\*innen. Sie werben eine hohe Zahl von Drittmitteln an. Um die sächsischen

1125 Hochschulen handlungsfähig zu machen, bedarf es einer besseren Finanzierung und mehr Gestaltungsspielräumen.

Auch wenn zuletzt weitere Stellenkürzungen abgewendet wurden, stagniert die finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen. Es wird mit einer Absenkung der Studierendenzahlen geplant, obwohl Sachsen mehr denn je auf hochqualifizierte Fachkräfte angewiesen ist. Wir wollen diese Entwicklung stoppen und mit den Hochschulen einen **Zukunftspakt 2030** abschließen. Dabei zielen wir darauf ab, die Ausgaben für die laufenden Grundmittel je Student\*in jährlich zu dynamisieren, um den Hochschulen zusätzliche finanzielle Spielräume zu geben. Dadurch wollen wir insbesondere die hohe Zahl der zulassungsbeschränkten Studiengänge reduzieren, um eine möglichst freie Studienplatzwahl zu ermöglichen. Der Zukunftspakt 2030 soll durch Zielvereinbarungen kürzerer Laufzeit mit den Hochschulen untersetzt werden.

Die höhere Grundfinanzierung wollen wir mit mehr gesetzlich eingeräumten Gestaltungsspielräumen etwa bei Fragen ihrer Struktur, Amtszeiten und Gremiengrößen, ihrer Finanzen, Bauten und Liegenschaften oder bei der Ausgestaltung ihres Studienangebotes verbinden. Diese umfassende **organisatorische Selbstständigkeit** wollen wir mit einer Stärkung der hochschulischen **Mitbestimmung** und der Öffnung für ihr gesellschaftliches Umfeld verbinden. Wir wollen die direkt gewählte Hochschulversammlung einführen, welche die Grundordnung beschließt und das Rektorat wählt. Die Mitgliedergruppen der Hochschulen sollen in den Gremien in allen nicht forschungsbezogenen Fragen gleich stark vertreten sein. Der Hochschulrat soll ausschließlich aus externen Mitgliedern zusammengesetzt sein und sich auf die strategische Beratung von Senat und Hochschule und die Vermittlung im Konfliktfall beschränken. Wir wollen starke, autonom handelnde Studierendenvertretungen, die auf einer verbindlichen Mitgliedschaft der Studierenden beruht. Studierende der Berufsakademie sollen die gleichen Freiheiten und Rechte wie Hochschulstudierende erhalten.

1155 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen,
- die Dynamisierung der Grundmittel der Hochschulen,
- die Ausweitung der Hochschulautonomie,
- die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Hochschulmitglieder.

1160

### **Offene, soziale und vielfältige Hochschulen**

1165 Immer noch werden zu viele junge Menschen von einem Studium an sächsischen Hochschulen ausgeschlossen, weil die finanziellen und sozialen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Ein Großteil der Studierenden ist finanziell von den Eltern abhängig oder muss nebenbei jobben. Wir wollen die **Studiengebührenfreiheit** bis zum ersten Master- oder Diplomabschluss und für das Graduiertenstudium unabhängig von der Herkunft gesetzlich verankern. Wir streben kurzfristig eine Erhöhung der BAföG-Sätze und der Freibeträge der Elterneinkommen um mindestens je fünf Prozent sowie mittelfristig den Einstieg in eine armutsfeste und **elternunabhängige Studienfinanzierung** an, die Teilzeit- und Weiterbildungsstudiengänge einschließt und eine nicht rückzahlbare Grundsicherung umfasst.

1175

Wir wollen die Zuschüsse der **Studentenwerke** bedarfsgerecht anheben und mit ihnen bessere Beratungsleistungen sowie einen Ausbau der Angebote an Krippen- und Kita-Plätzen vereinbaren. Wir wollen zudem mehr Geld bereitstellen, damit **Studierendenwohnheime** modernisiert und energetisch saniert sowie mit innovativen Konzepten bezahlbare Wohnheimplätze neu geschaffen werden können. Damit kann der Freistaat einen konkreten Beitrag leisten, um dem angespannten Wohnungsmarkt in den wachsenden Städten entgegenzuwirken.

Wir setzen uns für **vielfältige Hochschulen** ein, die unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebenssituationen aller Hochschulangehörigen Rechnung tragen und Diskriminierung keinen Platz geben. Wir wollen, dass Studium, Beruf und Engagement an den Hochschulen grundsätzlich miteinander vereinbar sind. Deshalb soll jeder Studiengang auch in Teilzeit studierbar sein. Die Chancengleichheit an der Hochschule muss gewährleistet sein. Insbesondere für Eltern, Pflegende und Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung sowie chronisch Kranke sollen Benachteiligungen und besondere Studienvoraussetzungen berücksichtigt werden. Wir wollen die Beratung und Unterstützung von Studierenden mit nicht-akademischem Hintergrund fördern. Die **Chancengleichheit von Frauen und Männern** wollen wir durch klare Zielsetzungen auf jeder Qualifikationsebene verbessern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- umfassende Studiengebührenfreiheit bis zum ersten Master unabhängig von der Herkunft,
- eine elternunabhängige Studienfinanzierung,
- mehr bezahlbare Wohnheimplätze und bedarfsgerechte Ausstattung,
- Chancengleichheit an sächsischen Hochschulen.

## 1205 **Wissenschaft als Beruf**

Wissenschaft ist ein Traumberuf, der jedoch für Lehrende und Forschende mit unsicheren Berufsaussichten und Beschäftigungsbedingungen verbunden ist. Insbesondere durch befristete Beschäftigungsverhältnisse werden die sächsischen Hochschulen für viele hochqualifizierte Absolventen zunehmend unattraktiv. Wir wollen von Anfang an planbare Perspektiven für Wissenschaft als Beruf schaffen.

Promovierende tragen einen wesentlichen Teil der Lehr- und Forschungsleistungen, aber die Promotionsbedingungen an sächsischen Hochschulen sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen die **Rechte der Promovierenden** durch eine verpflichtende Dissertationsvereinbarung, die einheitliche Regelung ihres Status und eigene Vertretungsgremien stärken. Ergänzend zum kooperativen Promotionsverfahren wollen wir ein Promotionsrecht für einzelne Fachbereiche von Fachhochschulen auf Vorschlag einer wissenschaftlichen Kommission hin ermöglichen. Die Aufwendungen für die Graduiertenförderung wollen wir deutlich steigern und dabei auf ein ausgewogenes Verhältnis der Fächer und Geschlechter achten.

Wir wollen nach dem Prinzip **Dauerstellen für Daueraufgaben** schrittweise wieder einen echten Mittelbau mit Perspektiven auf eine unbefristete wissenschaftliche Beschäftigung jenseits der Professur schaffen. Die Länge befristeter Anstellungen in Drittmittelprojekten soll sich an der Projektlänge orientieren. Durch einen Personalpool sollen Drittmittelprojekte

auch durch Mitarbeiter\*innen umgesetzt werden, die über die Projektlaufzeit hinaus oder unbefristet beschäftigt sind.

- 1230 Wissenschaftliche Neugier verträgt sich nicht mit den Hierarchien und Abhängigkeiten der althergebrachten Lehrstühle. Wir wollen das international längst übliche **Departmentprinzip**, das alle Wissenschaftler\*innen mit gleichen Rechten ausstattet, hochschulgesetzlich verankern. Ein Drittel der neu zu besetzenden Professuren sollen als **Juniorprofessuren** besetzt werden. Dabei wollen wir einen echten Tenure Track
- 1235 durchsetzen, mit dem die Juniorprofessur nach sechs Jahren bei Evaluierung und Einhaltung vorher vereinbarter Zielstellungen zur ordentlichen Professur führt. In Anlehnung an den international verbreiteten **Lecturer** wollen wir eine unbefristete Beschäftigungskategorie mit dem Tätigkeitsschwerpunkt Lehre einführen sowie Professuren mit Schwerpunkt in Forschung oder Lehre bei gleicher Besoldung ermöglichen.
- 1240 Wir werden uns für die Aufhebung der Tarifsperre im Wissenschaftsbereich einsetzen und in einem **Wissenschaftstarifvertrag** verbindliche Regelungen zu Aufgabenfeld, Urlaub und Mindestvergütungen auch für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte, Lehrbeauftragte und Privatdozent\*innen festschreiben. Zugleich sollen die Hochschulen
- 1245 Dienstaufgaben, Nebentätigkeiten und Umfang der Lehre eigenständig regeln.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Stärkung der Rechte der Promovierenden,
  - die Einführung des Promotionsrechts für einzelne Fachbereiche von Fachhochschulen,
  - den Ausbau unbefristeter Beschäftigung und die Rückführung von Befristungen,
  - einen verbindlichen Tenure Track für Juniorprofessuren und die Einführung des „Lecturer“,
- 1255 • einen Wissenschaftstarifvertrag.

### **Innovation mit Verantwortung**

- 1260 Die sächsische Wissenschaftslandschaft bietet weltweit führende Grundlagenforschung, regional vernetzte Anwendungsforschung und bildet die Fachkräfte von morgen aus. Sie entwickelt Antworten auf globale und lokale Herausforderungen – von der Energiewende bis zur Digitalisierung. Wir wollen die Innovationskraft der Hochschulen und Forschungseinrichtungen gezielt stärken und sie dabei in gesellschaftliche Verantwortung
- 1265 nehmen. Wir wollen im Rahmen der Hochschulentwicklung sowie durch gezielte finanzielle Förderung in strategischen Bereichen die fachliche Ausrichtung und die Kooperation der Hochschulen untereinander sowie mit außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft stärken.
- 1270 Neue Ideen und kreative Forschung wurzeln in der Lehre. Innovative, interdisziplinäre und forschungsorientierte Lehre braucht mehr Spielräume und umfassende Unterstützungsstrukturen. Wir wollen erreichen, dass die Hochschulen ein verbindliches Informations- und Veranstaltungsangebot in der Studieneingangsphase vorsehen und die Stoff- und Prüfungsdichte verringern. Durch eine langfristige Finanzierung der Hochschuldidaktik und die Verankerung hochschuldidaktischer Fähigkeiten bei der
- 1275 Einstellung von Lehrenden wollen wir die Lehrqualität nachhaltig erhöhen.

Wir wollen die sächsischen Hochschulen mit einer abgestimmten **Strategie Digitale Hochschule 2022** schnellstmöglich fit für die Herausforderungen der Digitalisierung

1280 machen. Mit einem Sonderinvestitionsprogramm soll die digitale Infrastruktur an allen  
sächsischen Hochschulen so ausgebaut werden, dass digitale Kollaborationstools in der  
Forschung und digitale Lehr- und Lernmethoden als selbstverständlicher Bestandteil der  
Hochschullehre anwendbar sind. Digitale Lehr- und Lernmethoden sollen sowohl in der  
Hochschuldidaktik als auch in der Fachdidaktik der Lehrer\*innenbildung verankert werden.  
1285 Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für digitale Lehr- und Prüfungsformen  
schaffen. Mit einem sächsischen **Open-Access-Förderfonds** wollen wir die gebührenfreie  
Publikation von Forschungsergebnissen fördern. Wir wollen die Vernetzung und den  
Ausbau wissenschaftlicher Ressourcen in Form von Professuren,  
1290 Nachwuchsforscher\*innengruppen und Promotionen zur Erforschung digitaler Verfahren  
und der Reflexion von Digitalisierung in einem kooperativen Verfahren abgestimmt mit den  
jeweiligen Hochschulprofilen fördern.

Im Rahmen der **Hochschulentwicklungsplanung** und der Ansiedlung außeruniversitärer  
Forschung wollen wir vor allem zwei Schwerpunkte setzen. Zum einen wollen wir dem  
Leitbild einer nachhaltigen Wissenschaft folgend die Potenziale der sächsischen  
1295 Hochschulen zielgerichtet nutzen und Sachsen zu einem führenden Forschungs- und  
Ausbildungsstandort für regenerative Energieversorgung, Minderung des  
Primärenergiebedarfs, Energieeffizienz sowie postfossile Produktion und Mobilität  
entwickeln. Dabei sollen auch die notwendigen sozialen und kulturellen Veränderungen  
reflektiert werden. Zum anderen wollen wir die Geistes- und Sozialwissenschaften als  
1300 Grundlage gesellschaftlicher Diskussionsprozesse stärken, damit sie die notwendigen  
wissenschaftlichen Impulse für die Bewältigung von Herausforderungen der Integration,  
Fragen sozialer Ungleichheit und des demografischen Wandels sowie für die Gestaltung  
der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft geben können. Digitale Ideen sollen nur  
friedlichen Zwecken dienen, deshalb lehnen wir die Entwicklung und Erforschung von  
1305 Algorithmen und Robotern zu Kriegszwecken an sächsischen Hochschulen und anderen  
Einrichtungen ab. Wir setzen uns für eine Kommission ein, die für in Sachsen entwickelte  
Soft- und Hardware verbindliche ethische Regeln aufstellt.

Wir wollen die Fachhochschulen als regionale Innovationsmotoren stärken. Mit einem  
1310 Innovationspool als Teil der Grundfinanzierung wollen wir langfristig angelegte Konzepte zur  
Gestaltung regionaler ökonomischer Innovationsstrukturen und gesellschaftlicher  
Herausforderungen in der Region fördern. Damit sollen Forschungs- und  
Entwicklungsdienstleistungen, Existenzgründungen und der Aufbau eines regional  
1315 vernetzten Wissensmanagements in Regionen jenseits der urbanen Zentren Dresden und  
Leipzig ermöglicht werden. Mit den bestehenden Career Services sollen die  
Fachhochschulen zu regionalen Kompetenzzentren für den Fachkräftenachwuchs  
ausgebaut werden. Wir wollen, dass die Berufsakademie ihre Forschungsmöglichkeiten  
erweitern kann und ihr besonderes Profil der Kooperation mit Praxispartner\*innen stärker  
für den Bereich der Weiterbildung nutzt.

1320 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Förderung innovativer Lehre,
- den Ausbau digitaler Infrastruktur und die Stärkung der Digitalisierungsforschung,
- 1325 • die Förderung nachhaltiger Wissenschaft und der Geistes- und Sozialwissenschaften,
- Fachhochschulen als Innovationsmotoren.

1330 **Kultur (er)leben**

1335 Kunst und Kultur sind die Erzählungen, Bilder und Gewohnheiten, mit denen sich unsere Gesellschaft verständigt und auseinandersetzt. Sie spiegeln Heimat und Vielfalt wider. Sie haben einen Eigenwert, den es vor allen weiteren Effekten auf Wirtschaft und Tourismus anzuerkennen gilt. Kunst und Kultur brauchen dafür Freiheiten und Freiräume.

1340 Unser Ziel ist es, Sachsens vielgestaltiges kulturelles Erbe zu pflegen und erlebbar zu machen und die Entwicklung neuer künstlerischer Ausdrucksformen zu gewährleisten. Wir wollen allen Menschen Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen. Weder Wohnort noch Geldbeutel, Herkunft noch Behinderung dürfen Menschen von einer intensiven Begegnung mit Kultur und Kunst ausschließen. Kunst ist frei, sie muss nicht gefallen und sie darf nicht dienen. Nur so kann sie ihre innovative Kraft entwickeln und uns immer wieder neue Perspektiven eröffnen. Kultur aus Vielfalt basiert auf liberalen Grundwerten und verkörpert eine lebendige Demokratie. Deshalb sind interkultureller Austausch, kulturelle Teilhabe und soziale Mindeststandards für Kreativberufe besondere Ansprüche unserer Kulturpolitik.

### Kultur für alle

1350 **Kulturelle Bildung** ist uns wichtig – für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene. Wir wollen die Unterrichtsangebote in den künstlerisch-ästhetischen Fächern absichern und echte Ganztagsangebote in diesem Bereich fördern. Wir setzen uns für eine bessere Vergütung der Honorarkräfte und mehr feste Stellen an **Musikschulen** ein und wollen deshalb die Förderung für Musikschulen erhöhen. Programme wie „Jedem Kind ein Instrument“ wollen wir ausbauen. Wir wollen die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungs- und Beratungsstelle für kulturelle Bildung und zudem die Netzwerkstellen für kulturelle Bildung in den Kulturräumen stärken. Für die bessere Zusammenarbeit der Netzwerkstellen mit den Schulen muss der Freistaat seine Schulpolitik auch auf kulturelle Bildung als Teil der Allgemeinbildung ausrichten, und z. B. Lehrer\*innen für Kontakte mit außerschulischen Trägern freistellen und Fortbildungen ermöglichen. Die Vermittlungsangebote der Kultureinrichtungen wollen wir mit entsprechender Förderung unterstützen.

1365 Wir machen uns für die **Rechte der Sorb\*innen** stark: Wir unterstützen alle Bemühungen, die sorbische Sprache im Alltag, in den Medien, in Literatur und Theater lebendig zu erhalten. Um die sorbische Sprache in Kitas und Schulen zu vermitteln, ist die Aus- und Weiterbildung sorbisch sprechender Erzieher\*innen und Lehrer\*innen von zentraler Bedeutung. Das Institut für Sorabistik an der Universität Leipzig und das sorbische Institut in Bautzen sind wesentliche Pfeiler für die Pflege der sorbischen Identität.

1370 **Interkulturelle Kulturarbeit** ermöglicht es Migrant\*innen, gleichberechtigt am kulturellen Leben teilzuhaben und Kunst und Kultur im Einwanderungsland Sachsen zu gestalten. Wir wollen die interkulturelle Kulturarbeit, die im Freistaat bisher allein durch Eigeninitiative einiger Kulturinstitutionen und Initiativen ermöglicht wurde, systematisch aufbauen, fördern und stärken und Fortbildungen und Vernetzungsmöglichkeiten schaffen. Damit ermöglichen wir, dass Kultur Zugänge zu ethischen Diskursen und zu Perspektiven der jeweils anderen öffnet und so Vorstellungswelten ändern und gesellschaftliche Entwicklungen vorantreiben kann. Sachsen braucht ein Diversitätskonzept für die Personalentwicklung in den Kulturverwaltungen und in staatlichen Kultureinrichtungen. Wir unterstützen die Kultureinrichtungen dabei, ihre Programme interkulturell zu öffnen und spezielle Angebote für Migrant\*innen zu erarbeiten. Den internationalen Künstler\*innenaustausch wollen wir ebenso verstärken wie den Austausch auf institutioneller Ebene. Besondere Bedeutung

messen wir dem – deutschlandweit einzigartigen – trinationalen Neißer-Filmfestival zu, das internationale Vielfalt in den ländlichen Raum transportiert.

1385

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Absicherung von Unterrichtsangeboten in den künstlerisch-ästhetischen Fächern,
- eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte an Musikschulen,
- 1390 • den Ausbau von Programmen wie „Jedem Kind ein Instrument“,
- die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungs- und Beratungsstelle für kulturelle Bildung,
- die gezielte Förderung der sorbischen Sprache und Kultur,
- die systematische Förderung interkultureller Kulturarbeit,
- 1395 • ein Diversitätskonzept für die Personalentwicklung in den Kulturverwaltungen und -einrichtungen.

### Perspektiven für Kultur eröffnen

1400

Die Stärkung der Freien Szene ist uns ein zentrales Anliegen. Die Freie Szene ist wichtiger Impulsgeber bei künstlerischen Entwicklungen, doch arbeiten deren Akteur\*innen in aller Regel unter deutlich schlechteren Bedingungen als ihre Kolleg\*innen in den Ensembles. Dies wollen wir ändern und die **Förderung der Freien Szene** signifikant erhöhen. Wir setzen uns für eine Honoraruntergrenze ein. Die Gastspielförderung für Auftritte innerhalb Deutschlands und im Ausland wollen wir verstetigen und ausbauen und auf die Sparten Musik, Film, Literatur und Bildende Kunst erweitern. Zudem wollen wir Konzeptions- und Rechercheförderungen entwickeln. Proben- und Auftrittsorte müssen geschaffen bzw. unterstützt werden. Das Landesbüro Darstellende Künste Sachsen soll als starke

1405 Interessenvertretung weiter gestärkt werden. Deshalb wollen wir, dass die Förderung der Freien Szene aus Landesmitteln mindestens fünf Prozent der gesamten Kulturförderung ausmacht.

1410

Die **Kulturstiftung** des Freistaates Sachsen fördert neue künstlerische Ausdrucksformen, die Vermittlung zeitgenössischer Kunst und Kultur und den künstlerischen Nachwuchs. Um diesen zentralen Aufgaben auch künftig gerecht zu werden und ihre beratende Funktion noch besser wahrzunehmen, wollen wir die Stiftung mit ausreichend Personal ausstatten und die Mittel für die Projektförderung dynamisieren. Auch die inhaltliche Gliederung und Arbeitsweise der Kulturstiftung muss regelmäßig überprüft werden. Die

1415 Landeskulturverbände brauchen einen ständigen Sitz in den entsprechenden Fachbeiräten.

1420

Das sächsische **Kulturraumgesetz** als bewährtes, wichtigstes Instrument der sächsischen Kulturförderung muss in seiner Erneuerungsfähigkeit gestärkt werden, sichert es doch unterschiedlichste Kulturangebote auch jenseits der Großstädte in hoher Qualität: Der Finanzbedarf der Kulturräume ist von der Staatsregierung regelmäßig anzupassen, die Tarifbindung öffentlicher Kultureinrichtungen muss wieder selbstverständlich sein. Die sächsischen Programmkinos müssen in ihrer Vielfalt und Vielzahl erhalten und gestärkt werden. Wir wollen dem hohen Beratungsbedarf bei Konzeptentwicklungen und Umgang mit Finanzierungslücken gerecht werden und so sicherstellen, dass die freien Initiativen und

1425 die Freie Szene in allen Kulturräumen angemessen unterstützt werden. Wir wollen den Kulturkonvent um gewählte stimmberechtigte Mitglieder und beratende Vorsitzende des Kulturbeirates erweitern. Die finanzielle Belastung der Kulturräume durch die Landesbühnen Sachsen wollen wir rückgängig machen.

1430

1435 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine verbindliche Honoraruntergrenze,
- Gastspiel-, Konzeptions- und Rechercheförderungen,
- die signifikante Erhöhung der Kulturförderung,
- 1440 • ausreichend Personal und finanzielle Mittel für die Sächsische Kulturstiftung,
- die regelmäßige Anpassung der Finanzierung der Kulturräume,
- die Tarifbindung öffentlicher Kultureinrichtungen,
- die Erweiterung der Mitglieder des Kulturkonvents.

1445

### **Kulturelle Institutionen stärken**

Die **Museen und Theater** des Freistaates als wichtige Orte des kulturellen Erbes und der kulturellen Vermittlung brauchen weiter Planungssicherheit. Deshalb muss die sächsische Museumskonzeption dringend über 2019 hinaus fortgeschrieben werden. Wir wollen den Stellenwert der Industriekultur weiter stärken. Innerhalb der Staatlichen Kunstsammlungen brauchen die Ethnografischen Sammlungen, gerade vor der aktuellen Herausforderung, kulturelle Herkunft sichtbar zu machen, besondere Beachtung. Angesichts unserer postkolonialen Verantwortung unterstützen wir die Herstellung von Transparenz hinsichtlich der Erwerbungs-geschichte der Objekte. Das Japanische Palais in Dresden verdient eine seiner historischen und architektonischen Bedeutung angemessene Aufmerksamkeit und eine museale Nutzung, in deren Rahmen das Völkerkundemuseum seine Bestände der Weltkultur dauerhaft präsentieren kann.

1450  
1455  
1460 Zwischen dem Staatstheater Dresden mit Semperoper und Staatsschauspiel und den übrigen Bühnen im Freistaat klafft ein erheblicher Riss in der finanziellen Ausstattung, der sich zwangsläufig auf die Bezahlung der Angestellten, auf die Quantität und folgerichtig auch auf die Qualität auswirkt. Deshalb wollen wir die **Kulturräume** bei der besseren Finanzierung der Theater unterstützen.

1465 Die **Bibliotheken** sind wichtige Bildungsorte, Medienzentren und nicht zuletzt kulturelle Treffpunkte. Wir wollen die enorm wichtige Arbeit der Bibliotheken durch Mindestanforderungen an Personal- und Medienausstattung aufwerten und die Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen verbessern. Deshalb wollen wir ein Bibliotheksgesetz, denn so werden Bibliotheken nicht mehr zur Verhandlungsmasse bei finanziellen Engpässen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1475 • die Fortschreibung einer verlässlichen Museumskonzeption,
- eine besondere Beachtung der Staatlichen Ethnografischen Sammlungen,
- eine bessere Finanzierung der Theater in den Kulturräumen,
- ein Bibliotheksgesetz, das Personal- und Medienausstattung sowie die Qualität sichert.

1480

### **Erbe und Erinnerung pflegen**

1485 Um das kulturelle Erbe auch für nachfolgende Generationen zu erhalten, muss die **Digitalisierung** wertvollen Schrift- und Kulturgutes und des audiovisuellen Erbes vorangebracht werden – wir wollen deshalb das Landesdigitalisierungsprogramm

ausbauen. Mit einer speziellen Künstler\*innen- und Werksdatenbank wollen wir die Vor- und Nachlässe sächsischer Künstler\*innen erfahrbar machen.

- 1490 Digitalisierte Kunstwerke, Objekte und Räume ersetzen analoge Angebote nicht, sollen aber als Erweiterung künstlerischer Ausdrucksformen, als Mittel zur Diskussion für kulturelle Beteiligung und Engagement nutzbar gemacht werden. Deshalb wollen wir die Erstellung von Digitalisaten und den allgemeinen Zugang zum kulturellen Erbe stärker fördern und das Digitalisierungsprogramm erweitern: Wir wollen rechtliche und finanzielle
- 1495 Rahmenbedingungen schaffen, damit Museen ihre Bestände digital zugänglich machen und neue Strategien der Vermittlung, Sammlung und Ausstellung erproben können. Für Kulturschaffende und Kulturvermittelnde sollen Möglichkeiten für Austausch, Weiterbildung, Experimentierräume und digitale Qualifizierungshilfen geschaffen werden.

- 1500 Die **politisch-historische Bildung** über die deutsche Vergangenheit im 20. Jahrhundert ist wichtiger denn je. Die Bildungsarbeit an Schulen und anderen Einrichtungen muss weiter gefördert werden. Die Gedenkstätten und Dokumentationszentren, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern, müssen ausreichend finanziell und personell ausgestattet werden. Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit der Aufarbeitung des
- 1505 Nationalsozialismus auseinandersetzen. Wir setzen uns für den Aufbau der Gedenkstätte KZ Sachsenburg als Beispiel für die frühen Konzentrationslager in Sachsen ein.

- Die **Gedenkstätten, Archive und Dokumentationszentren**, die die DDR-Vergangenheit aufarbeiten, wollen wir als wichtige Lernorte weiterentwickeln. Die öffentliche Zugänglichkeit
- 1510 der Stasi-Unterlagen muss weiterhin gewährleistet sein. Wir wollen, dass die in der DDR verfolgten Menschen gesellschaftliche und staatliche Aufmerksamkeit und Anerkennung bekommen.

- Um die wichtige Arbeit der **Gedenkstätten** in Sachsen zu unterstützen, brauchen wir eine
- 1515 Entwicklungskonzeption der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft. Eine gute Vernetzung von Bildungsträgern ist die Voraussetzung dafür, dass der Bildungsauftrag der Gedenkstätten zeitgemäß umgesetzt werden kann.

- 1520 Denkmale sind unser gebautes kulturelles Gedächtnis. Um dieses Gedächtnis zu bewahren, darf sich **Denkmalschutz** und -pflege nicht auf einzelne herausragende Bauten beschränken, sondern muss die vielen kleineren Denkmale im Blick haben, durch deren
- 1525 Summe die geschichtliche Entwicklung Sachsens erlebbar gemacht wird. Wir begreifen Denkmalschutz als Querschnittsaufgabe mit ökologischen, kulturellen und ökonomischen Aspekten. Die Mitwirkungsrechte ehrenamtlicher Denkmalschützer\*innen wollen wir stärken. Deshalb treten wir für ein **Verbandsklagerecht im Denkmalschutz** ein. Wir wollen die Strukturen der öffentlichen Denkmalpflege in ihrer Leistungsfähigkeit erhalten und stärken. Deshalb wollen wir für eine leistungsfähige Fachbehörde die Landesämter für
- 1530 Archäologie und für Denkmalpflege zusammenführen und dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zuordnen. Damit die Denkmale und Gedenkorte ohne Einschränkungen für alle Menschen erlebbar sind, bedarf es kluger Lösungen für barrierefreie Zugänge.

- Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1535
- die Förderung politisch-historischer Bildungsarbeit an den Schulen,
  - finanzielle und personelle Absicherung der Gedenkstätten, Archive und Dokumentationszentren und ihre Weiterentwicklung zu modernen Lernorten,

- 1540 • eine Entwicklungskonzeption der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft,
- die Zusammenführung der Landesämter für Archäologie und Denkmalpflege zu einer Fachbehörde,
- ein Verbandsklagerecht im Denkmalschutz,
- barrierefreie Zugänge zu Denkmälern.

1545

### **Vielfalt und Qualität in den Medien sichern**

1550 Wir stehen zur Bestands- und Entwicklungsgarantie des **öffentlich-rechtlichen Rundfunks** in Deutschland und zur solidarischen Finanzierung durch alle, die sich dies leisten können. Doch wir erwarten von den öffentlich-rechtlichen Anstalten eine qualitative Weiterentwicklung und den verantwortungsvollen, transparenten Umgang mit finanziellen Ressourcen. Damit die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten weiterhin ein zeitgemäßes und an den Kommunikations- und Informationsgewohnheiten der Beitragszahler\*innen orientiertes Internetangebot mit Bewegtbild, Ton und Text anbieten können, muss bei der Neuregelung des Telemedienauftrags das Verbot der Pressähnlichkeit endlich fallen, statt es zu verschärfen.

1555

1560 Den **Rundfunkrat** als gesellschaftliches Kontrollgremium des MDR wollen wir staatsferner besetzen und regelmäßig erneuern. Er muss paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein. Regierungsvertreter\*innen dürfen keinen direkten Einfluss auf die Konstituierung des Rundfunkrats haben. Die Vielfalt der Gesellschaft soll sich besser im Rundfunkrat widerspiegeln und deshalb zum Beispiel Vertreter\*innen von LSBTIQ und Migrant\*innenorganisationen aufgenommen werden. Im Rahmen seines Grundversorgungsauftrags versucht der MDR möglichst viele Menschen mit Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsangeboten zu erreichen; im Zweifelsfall soll er sich für Qualität statt Quote entscheiden.

1565

1570 In der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) wollen wir die Mitbestimmung durch gesellschaftlich relevante Gruppen verbessern, die Versammlung in ihren Beratungs- und Initiativrechten stärken und ihr das Haushaltsrecht übertragen. Bürger\*innenradios ergänzen die sächsische Medienlandschaft jenseits von MDR und kommerziellen Anbietern. Wir wollen für die **Freien Radios** ein sicheres finanzielles Fundament gesetzlich verankern.

1575

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1580 • eine Bestandsgarantie und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
- eine staatsfernere und gesellschaftlich repräsentativere Besetzung des Rundfunkrates,
- die Mitbestimmung gesellschaftlich relevanter Gruppen in der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien,
- die Förderung Freier Radios.